

07.2019

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	19
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	23
Wirtschaft & Ressourcen	25

VERBÄNDE



Thema: Oro Verde – 30 Jahre	26
DNR intern	27
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	28
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29
Schwerpunkt: Schulisch und außerschulisch

THEMEN DES MONATS

Globale Biodiversität

Ökosysteme langfristig sichern?

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES belegt deutlich, dass eine grundlegende Transformation lebenswichtig ist
Seite 2

Klimawandel

Klimafreundliche Kultur in Kommunen

Für den Klimaschutz sind nicht nur neue Technologien notwendig, sondern auch ein Umdenken aller Beteiligten
Seite 4

Natura 2000

Frischer Wind in alten Segeln

Deutschland braucht politischen Willen und gutes Personal für das Management seiner Naturschutzgebiete
Seite 6

Interview: Rudolf Erlacher zur Alpenpolitik

„Jetzt eine CO₂-Abgabe einführen“

Seite 17

Globale Biodiversität

Wie können wir Ökosysteme langfristig sichern?

Der Weltbiodiversitätsrat IPBES belegt deutlich, dass eine grundlegende Transformation lebenswichtig ist

Der kürzlich veröffentlichte IPBES-Bericht ist die umfassendste Beschreibung des erschreckenden Zustands unserer Ökosysteme und ihrer Artenvielfalt seit 2005. Neben der Analyse gibt er maßgebliche Impulse für die notwendigen Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Sektorenübergreifende Handlungsansätze, eine Abkehr vom Wirtschaftswachstumsparadigma und innovative Ansätze sind gefragt: heute noch. ■ VON JOSEF SETTELE, UFZ HALLE

Bis zu einer Million Arten sind weltweit vom Aussterben bedroht. Und das ist nur eines der Ergebnisse des Berichtes des Weltbiodiversitätsrates IPBES, der – zusammen mit einer Kurzfassung für politische EntscheiderInnen – Anfang Mai in Paris angenommen wurde. Ausgehend von früheren IPBES-Berichten, die thematisch oder regional fokussiert waren, handelt es sich um einen Globalen Zustandsbericht (Global Assessment). Das Wissen indigener Völker und regionales Know-how wurden in großem Umfang einbezogen. 145 führende Fachleute (Lead Authors) aus mehr als 50 Ländern, unterstützt von mehr als 330 sogenannten Contributing Authors, schrieben drei Jahre lang an dem mehr als 1.500 Seiten umfassenden Hauptbericht. Geleitet wurde die Arbeit von einem dreiköpfigen Professorenteam aus Deutschland, Argentinien und Brasilien. Die AutorInnen stammen zu rund 60 Prozent aus den Natur- und zu etwa 40 Prozent den Sozialwissenschaften. Aus mehreren Hunderttausend wissenschaftlichen und politischen Publikationen wurden rund 15.000 der relevantesten systematisch ausgewählt, bewertet und in Zusammenhang gebracht. Im zweistufigen Reviewprozesses wurden etwa 20.000 Kommentare eingearbeitet. Die Zuverlässigkeit der Aussagen des Global Assessments wird anhand von vier Kategorien eingeschätzt:

- ▶ sehr gut belegt (umfassende Meta-Analyse, Synthesen oder mehrere unabhängige, übereinstimmende Studien)
- ▶ belegt, aber unvollständig (allgemeine Übereinstimmung, obwohl nur eine begrenzte Anzahl von Studien vorhanden ist; keine umfassende Synthese und/

oder Ungenauigkeiten in vorhandenen Studien)

- ▶ ungelöst (mehrere unabhängige Studien, deren Schlussfolgerungen nicht übereinstimmen)
- ▶ nicht schlüssig (begrenzte Evidenz, große Wissenslücken).

Entwicklung der Ökosysteme

Übergeordnete Leitfragen waren: In welchem Zustand befinden sich die Ökosysteme der Erde – zu Land, an den Küsten und im offenen Ozean? Inwiefern ermöglichen sie den gut sieben Milliarden Menschen auf der Erde eine ausreichende Lebensqualität mit Nahrungsmitteln, Rohstoffen und Erholung? Was muss getan werden, um die Ökosysteme langfristig zu sichern? Im Detail widmet sich der Bericht zudem Fragen wie: Was sind die wichtigsten Ursachen für Veränderungen der Ökosysteme und der Artenvielfalt? Wo sind kritische Wissenslücken? Wo stehen wir in Bezug auf die Erreichung wichtiger internationaler Verpflichtungen, darunter die Aichi-Biodiversitäts-Ziele (Aichi Biodiversity Targets) und die UN-Ziele zur nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs)? Was zeigen die Szenarien zur Entwicklung der biologischen Vielfalt und der Ökosystemleistungen bis 2050? Wie können wir gesellschaftliche Entwicklungsziele mit dem Erhalt von Ökosystemen und Artenvielfalt in Einklang bringen?

Der Bericht dient als Grundlage für die Erstellung des 5. Global Biodiversity Outlook des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD), der 2020 erscheinen wird. Damit geht er sowohl in die Bewertung der Ziele des Strategischen Plans

der CBD für den Erhalt der Biodiversität 2011–2020 ein als auch in die Entwicklung eines Nachfolgers ab 2021. Darüber hinaus trägt er dazu bei, die Umsetzung der 2015 verabschiedeten SDGs zu bewerten.

Eines der Kernergebnisse: Die Natur und die von ihr erbrachten Ökosystemleistungen bilden die Grundlage für eine dauerhaft gute Lebensqualität der Menschen auf der Erde. Die Fähigkeit der Ökosysteme, diese Leistungen zu erbringen, verschlechtert sich jedoch weltweit.

- ▶ Materielle Ökosystemleistungen (zum Beispiel Energie, Nahrungs- und Futtermittel), kulturelle Ökosystemleistungen wie Bildung, Inspiration und regulierende Ökosystemleistungen (zum Beispiel Klimaregulation, Wasserqualität) verändern sich unterschiedlich. Die Verbesserung einiger Ökosystemleistungen ist mit der Verschlechterung anderer verbunden.
- ▶ Viele Ökosystemleistungen sind für die menschliche Gesundheit unerlässlich. Ihr Rückgang bedroht die Lebensqualität der Menschen auf der Erde.
- ▶ Die meisten Ökosystemleistungen sind nicht vollständig ersetzbar, einige sind sogar unersetzlich.

Direkte und indirekte Treiber

Menschliche Eingriffe haben die Natur inzwischen fast rund um den Globus erheblich verändert. Die überwiegende Mehrheit der Indikatoren, die Aufschluss über den Zustand der Ökosysteme und der biologischen Vielfalt geben, verschlechtern sich rasch. Die Menschheit hat rund um den Globus einen starken Einfluss auf die Verschlechterung der Land-, Süßwasser- und

Meeresökosysteme – von der Küste bis zur Tiefsee. Landnutzungsänderungen verursachen weltweit die größten Auswirkungen auf Land- und Süßwasserökosysteme. Klimawandel, Umweltverschmutzung und gebietsfremde Arten zeigen bislang geringere Auswirkungen – Tendenz zunehmend.

- ▶ Landnutzungsänderungen und die damit verbundene Verschmutzung von Luft, Wasser und Boden werden vor allem durch Land- und Forstwirtschaft sowie Urbanisierung verursacht.
- ▶ Die größten Auswirkungen auf die Biodiversität in Meeresökosystemen hat die direkte Ausbeutung von Fisch und Meeresfrüchten der letzten 50 Jahre.
- ▶ Die Nutzung von Meeren und Küstenlebensräumen hat nach der Fischerei den zweithöchsten Einfluss auf den Zustand der Meere.

Aussterberisiko und -rate sowie Überlebenswahrscheinlichkeit von Arten

Menschliche Aktivitäten sorgen dafür, dass heute mehr Arten vom Aussterben bedroht sind als jemals zuvor. Bis zu eine Million Arten sind bereits vom Aussterben bedroht. Viele werden das innerhalb der nächsten Jahrzehnte treffen – es sei denn, es werden Maßnahmen ergriffen, um die Intensität der Treiber zu verringern, die für den Verlust der biologischen Vielfalt verantwortlich sind.

Einfluss des Wohlstands auf Ökosystemleistungen und Umwelt

In den letzten 30 Jahren hat sich der Weltmarkt verachtfacht – verbunden mit einer Versechsfachung der Weltwirtschaft. Durch die steigenden Anforderungen der wachsenden Weltbevölkerung nahm die Nachfrage nach lebender Biomasse aus der Natur um das Doppelte zu. Dies führt auch zu einer Verlagerung der Konsum- und Produktionsprozesse und der damit einhergehenden Umweltbelastung zwischen den Regionen der Erde.

- ▶ Die Regionen der Welt sind zunehmend vernetzt. Konsum- und Wirtschaftsprozesse sowie Governance-Entscheidungen generieren einen Austausch an

Informationen, Energie, Materialien und Abfällen. Dies verlagert den Konsum-Fußabdruck zwischen Ländern und führt zu ungleich verteilten Belastungen der Umwelt und ungleicher Nutzung von Ökosystemleistungen. Die entstehende Ungleichheit zieht in vielen Fällen Konflikte nach sich.

- ▶ Die Governance hat sich auf vielen Ebenen nur langsam weiterentwickelt, um die Ökosystemleistungen besser in die Politik zu integrieren und entsprechende Anreize zu schaffen. Nach wie vor gibt es weltweit Subventionen mit schädlichen Auswirkungen auf die Natur.

Der Einfluss von Landnutzung und Klimawandel bis 2050

Landnutzungsänderungen und Klimawandel werden dazu führen, dass sich bis 2050 und darüber hinaus die negativen Trends im Hinblick auf Natur, Ökosystemfunktionen und viele Ökosystemleistungen weiter fortsetzen werden – mit Ausnahme derjenigen, die transformative Veränderungen enthalten. Der Klimawandel nimmt in seiner Bedeutung weiter zu.

- ▶ Szenarien zeigen, dass Biodiversität und Ökosystemleistungen in den nächsten Jahrzehnten weiter abnehmen werden – mit Ausnahme materieller Ökosystemleistungen, die voraussichtlich zunehmen.
- ▶ In Szenarien, die regional/global nachhaltige Entwicklungen annehmen, sind die Auswirkungen auf Biodiversität, Ökosystemfunktionen und -leistungen sowie die Unterschiede zwischen den Regionen gering.
- ▶ Die Auswirkungen des Klimawandels spielen eine wichtige Rolle bei regional differenzierten Projektionen zu Biodiversität und Funktionsfähigkeit von Ökosystemen.

Transformative Veränderung in Bezug auf Maßnahmen zur globalen Nachhaltigkeit

Gesellschaftliche Ziele – etwa sauberes Wasser, Gesundheit, Nahrungs- und Energiesicherheit, und damit hohe Lebensqualität für alle – können durch einen raschen

und optimierten Einsatz von vorhandenen Politikinstrumenten sowie neue Initiativen erreicht werden, die individuelle und kollektive Maßnahmen für einen transformativen Wandel wirksamer nutzen.

Ein vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung erarbeitetes Factsheet⁽¹⁾ zeigt grafisch fünf Steuerungsmaßnahmen („Hebel“) sowie acht Interventionspunkte, die sich aus dem jetzigen Stand der Forschung zur Gestaltung von nachhaltigen Transformationen ableiten lassen. Die Begriffe „Hebel“ und „Interventionspunkte“ werden dabei metaphorisch verwendet und tragen dem Sachverhalt Rechnung, dass komplexe Systeme nicht durch eine einzige Maßnahme nachhaltig verändert werden können. Grundlegende Veränderungen erfordern hingegen, dass mehrere Maßnahmen gleichzeitig eingeleitet und klug abgestimmt werden. Nur so können sie sich in ihren Wirkungen wechselseitig verstärken und Synergien nutzen. Zum Beispiel können Veränderungen von Gesetzen und politischen Maßnahmen einen Wandel der Ressourcenbewirtschaftung bewirken; die Veränderung von individuellem und kollektivem Verhalten kann wiederum die Umsetzung von politischen Maßnahmen und Gesetzen ermöglichen.

Die Arbeit am Globalen Assessment wurde personell und finanziell unterstützt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, die deutsche IPBES-Koordinierungsstelle, das Deutsche Zentrum für Integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) sowie das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ).

Anmerkung:

- ▶ (1) www.helmholtz.de/fileadmin/user_upload/IPBES-Factsheet.pdf

Prof. Dr. Josef Settele ist Agrarwissenschaftler am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), Professor (apl.) an der MLU Halle-Wittenberg und Mitglied des Deutschen Zentrums für integrative Biodiversitätsforschung (iDiv) Halle-Jena-Leipzig.

Kontakt:
E-Mail: josef.settele@ufz.de,
www.ufz.de/index.php?en=38572



Klimawandel

Klimafreundliche Kultur in Kommunen

Für den Klimaschutz braucht es nicht nur neue Technologien, sondern auch ein Umdenken aller Beteiligten

Damit kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure tatsächlich klimafreundlich agieren, unterstützt das ClimateCultureLab (CCL) sie mit Lernmethoden, die auf emotionaler Ebene Veränderungen im Verhalten bewirken. Es unterstützt den Prozess der selbst gesteuerten Entwicklung klimafreundlicher Kulturen auf kommunaler Ebene. Eine Reflexion zu drei Jahren Projektarbeit von der Theorie zur Praxis. ■ VON LAURA STANSZUS UND ANDREA STECKERT, PESTEL INSTITUT

Der Schwerpunkt weltweiter Bemühungen zur Erreichung der Pariser Klimaziele liegt bis heute hauptsächlich auf technischer und wirtschaftlicher Transformation. Die Politik tut sich jedoch schwer, hier die nötigen Maßnahmen im gebotenen Maßstab schnell umzusetzen. Ein weiterer Hemmschuh ist die gut belegte Tatsache, dass nachweisbare Effizienzgewinne bei andauerndem Wirtschaftswachstum und aktuellem Konsumlevel bei Weitem nicht ausreichen, um die für die Abwendung einer Klimakatastrophe erforderlichen Emissionssenkungen zu erreichen. Deshalb, so der gängige Konsens in der Wissenschaft, müssen sich allgemeine Wertvorstellungen und das Umweltverhalten von KonsumentInnen und ProduzentInnen ändern. Bei den realen Konsumgewohnheiten der Bevölkerung zeigt sich allerdings, trotz vielfach dokumentierter Intention zu Verhaltensänderung, wenig Bewegung.

Inneren Wandel emotional aktivieren

Das ClimateCulture-Lab unterstützt daher die Entfaltung klimafreundlicher Verhaltensweisen durch eine ganzheitlichere Herangehensweise, um so eine konsequente Transformation der Arbeits- und Alltagskulturen mit auf den Weg zu bringen. Es fördert gezielt die Entwicklung von Veränderungskompetenzen unter Einbezug individueller emotionaler Intelligenz neben der bisher hauptsächlich fokussierten kognitiven Intelligenz. So regt das CCL ganzheitliche Transformationsprozesse auf Beziehungs- und Organisationsebene in Kommunen an, unter anderem mit dem Ziel, regionale Energiesysteme einem tief greifenden Umbau zu unterziehen. Das CCL wird bis

Herbst 2019 im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) durch das BMU als ein innovativer Baustein gefördert, der in Ergänzung zu bewährten Klimaschutzmaßnahmen die Multidimensionalität der notwendigen kulturellen Transformation adressiert. Erreicht werden sollte die Umsetzung von KlimaKultur-Aktivitäten durch praktische Unterstützung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Akteure.

Anspruch des CCL-Projekts war die Durchführung in Form eines Reallabors zur Entfaltung kommunaler Klimakulturwandelprozesse. Dafür wurde ein experimenteller Methodenmix aus analogen und digitalen Elementen genutzt. In dialog- und erlebnisorientierten Tagesworkshops, den Kulturwerkstätten, erfuhren die Teilnehmenden zunächst aufrüttelnde Details zum klimaschädlichen Status quo unseres Lebensstils und zum energetischen Zustand ihrer Kommune. Dann tauschten sie sich über ihre emotionalen Reaktionen aus, machten sich die Konsequenzen des Gehörten, vor allem auch gefühlsmäßig bewusst, fanden persönliche Zugänge und entwickelten zusammen Ideen für lokale Mitmachmaßnahmen zur weiteren CO₂-Senkung. Der geführte Prozess orientierte sich dabei an innovativen Herangehensweisen aus dem Changemanagement, wie es Wirtschaftsunternehmen zur internen Krisenbewältigung nutzen. Die Vermittlung persönlicher Handlungsoptionen setzte sich mittels kognitiv und emotional ansprechender, vernetzter Lernprozesse mit einem Blended-Learning-Konzept, also einem Methodenmix, im digitalen Raum fort. Eine Onlineplattform bietet dazu eine breite Palette von Aktions- und Rezeptionsmöglichkeiten auch für diejenigen, die nicht an einer Werkstatt teilnehmen konnten.

Erkenntnisse aus dem Labor eröffnen neue Perspektiven zum Handeln

Die innovative Verbindung von kognitiv nachvollziehbaren Inputs und emotionalen Aspekten wurde von den WerkstattteilnehmerInnen von Anfang an gut angenommen. Das strukturierte und geleitete Erkunden in einem geschützten Raum, die profunden Anleitungen zur Selbstreflexion und eine radikale und unverblümete Ansprache führten zu Akzeptanz und einem hohen Maß an Kooperation unter den WerkstattteilnehmerInnen. In den Evaluationen zeigte sich, dass die Werkstattformate neue Perspektiven auf den Klimaschutz, (Alltags-)Kulturfragen und individuelle Handlungsmöglichkeiten bei den Teilnehmenden eröffneten. Dazu gehört ganz maßgeblich die Arbeit mit sogenannten weichen, nicht in Daten und Statistiken ausdrückbaren Kompetenzen wie emotionaler Offenheit, Selbstreflexion, Empathie und Intuition. Dass diese dazu dienen können, unseren äußeren und inneren Kompass handlungswirksam auf gangbare klimafreundliche Pfade auszurichten, bestätigen auch erste wissenschaftliche Studien.⁽¹⁾

Schwierigkeiten ergaben sich hingegen häufig bei der eigentlich notwendigen selbstständigen Fortführung der angestoßenen Prozesse im Rahmen kommunaler Strukturen und Netzwerke (sowohl bei Verwaltung als auch lokalen Umwelt- und Nachhaltigkeitsinitiativen). Die während der Werkstätten begonnenen Kulturwandelprojekte waren so angelegt, dass sie als Samen für kontinuierliche Weiterarbeit vor Ort konzipiert waren. Die dazu nötige Unterstützung sollte die Onlineplattform liefern.

Aus den über 50 konkreten Vorhaben der in den Werkstätten begonnenen Kleingruppenarbeit kamen jedoch viele nach kurzer Zeit zum Erliegen. Gründe waren das noch zu wenig eingespielte Gruppengefühl der Werkstatteilnehmenden, aber auch der zusätzliche Zeitaufwand zur selbstständigen Nutzung der im CCL-Onlinebereich angebotenen Methoden. Da im Zentrum des Projekts das Lernen aus den gewonnenen Erfahrungen in der Arbeit mit den Menschen vor Ort und die kontinuierliche Fortschreibung des eigenen Programms standen, fand auch eine regelmäßige (Selbst-)Reflexion im Team statt. Dies sollte im Sinn der Reallabor-Idee eine optimale Anpassung der Prozessmethoden gewährleisten und gleichzeitig das persönliche Engagement der Teammitglieder vertiefen.

Kulturwandel in Kommune setzt feste Kontaktperson voraus

Das Projektteam reagierte deshalb auf die beobachteten Schwierigkeiten mit zahlreichen niedrigschwelligen Online-Inspirations- und Aktionsangeboten sowie einer zusätzlichen Onlinebetreuung für InitiatorInnen und aktiven Personengruppen aus den Werkstätten. Dabei zeigte sich schnell, dass die Energie, einen Kulturwandelprozess durchzuführen, sehr stark von der durchgängigen Präsenz einer festen Ansprechperson vor Ort abhängig ist. Wenn kommunale Klimaschutzverantwortliche ausfielen oder ausgewechselt wurden, war die zugesagte Fortführung des CCL-Prozesses vor Ort meist nicht mehr gewährleistet. Die Arbeit aus den Werkstätten und die in den teilnehmenden Kommunen angestoßenen Prozesse wurden jedoch dann erfolgreich fortgeführt, wenn sich einzelne Personen persönlich engagierten, bei gleichzeitiger Offenheit der Kommune für neue Wege. Sie erfüllten ihre Rolle als Kümmerer, waren emotional involviert und somit intrinsisch motiviert – vor allem, wenn sie auf die Unterstützung ihrer Kommune zählen konnten.

Dies ist allerdings noch längst nicht überall der Fall. Die bestehende große Lücke zwischen eigentlich essenziellen Anforderungen an Verhaltensänderungen angesichts des Klimawandels und tatsächlicher Handlungs- beziehungsweise Veränderungskom-

petenz war in einer ganzen Reihe von Kommunalverwaltungen unübersehbar. Äußere Faktoren, wie die offizielle Verschiebung der Klimaziele durch die Bundesregierung von 2020 auf 2030, die etwa zur Mitte der Projektlaufzeit stattfand, hatten merklich dazu geführt, dass das Thema Klimaschutz auf der Prioritätenskala der Kommunen abgerutscht war. Daraus resultierten ungünstige Umstände in den Kommunen mit schwachen oder kaum vorhandenen Unterstützungsstrukturen für Klimaschutzakteure im Kulturwandel und eine bis vor Kurzem fehlende Präsenz des Themas in der Politik und damit auch in der Verwaltung. Konsistentes Engagement und intensiver Austausch mit Gleichgesinnten waren dadurch erschwert.

Dass ein Ansatz, der auf Wandel innerer Einstellungen und Handlungskulturen abzielt, nicht selbsterklärend ist und kommuniziert werden muss, war im CCL klar. Die besondere Bedeutung der Akzeptanz und der Stabilität lokaler Multiplikatoren war hier eines der wichtigsten Erkenntnisse des Reallabors. Eine noch konsistentere, intensivere Unterstützung dieser sehr geforderten Akteure und entsprechende individuelle Prozessbegleitung auch nach den Werkstätten sind demnach essenzielle Schritte, um nachhaltig aktive, intrinsisch motivierte Multiplikatoren auszubilden.

Die Zeit dafür ist reif. Im letzten Halbjahr des Projektes bestätigen die Fridays-for-Future-Bewegung sowie die zahlreichen Ausrufe des kommunalen Klimanotstandes und nicht zuletzt die Europawahlergebnisse, dass immer mehr Menschen die Realität des Klimawandels wirklich wahrnehmen. Die Bevölkerung begreift auch emotional, dass aktuelle Nachhaltigkeitsmaßnahmen nicht ausreichen, um der Lage der Welt gerecht zu werden. Sie spürt, dass ein Kulturwandel hin zu einer ganzheitlicheren Lebensweise notwendig ist. Um dies zu verwirklichen, bedarf es strukturierter Unterstützungsangebote für einen Kulturwandel, der Gefühlen und Körperwissen einen neuen Stellenwert zuschreibt. Für solche Kulturveränderungsstrukturen regional vor Ort, die selbst reflektierten und intrinsisch motivierten Akteuren des Wandels den Rücken stärken, hat das CCL-Projekt erste Anstöße geliefert. Auf dem Weg konnten profunde

praktische Erkenntnisse und Erfahrungen gesammelt werden, die in Zukunft weiterführende Projekte und Akteure unterstützen und inspirieren sollen.

Das Ziel des CCL, der weitreichende Umbau hin zu CO₂-neutralen Kommunen, kann nur im gemeinsamen Kulturwandel gelingen. Es braucht geeignete Rahmenbedingungen und profunde Prozessunterstützung. Moderierte, neutrale Kollaborations- und Lernräume wie die Klimakulturlabore, in denen unter fachkundiger Anleitung transdisziplinär neue Kulturwandelansätze und Methoden zur Bearbeitung und Lösung konkreter, regionaler oder kommunaler Fragen zu Kulturwandel, Konflikten und Neuerungen angewendet und ausprobiert werden, können bei der Skalierung und Beschleunigung des positiven Wandels eine wichtige Rolle spielen.

Das ClimateCulture-Lab (CCL) ist eine im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative geförderte, bundesweite Kollaborations- und Lernplattform mit analogen und digitalen Elementen. Projektpartner sind Pestel Institut, Klima-Bündnis und Solar Institut Jülich/Fachhochschule Aachen.

Anmerkung

- (1) Frank, P., & Stanzus, L. S. (2019). Transforming Consumer Behavior: Introducing Self-Inquiry-Based and Self-Experience-Based Learning for Building Personal Competencies for Sustainable Consumption. *Sustainability*, 11(9), 2550

Laura Stanzus ist Bildungsreferentin für Achtsamkeit und Nachhaltigkeit und am Pestel Institut Projektmitarbeiterin beim ClimateCulture-Lab.

Kontakt:

E-Mail:

stanzus@pestel-institut.de,
www.climateculture-lab.de



Andrea Steckert leitet die Abteilung Prozessunterstützung und Kommunikation für Nachhaltige Entwicklung am Pestel Institut und ist Projektleiterin des ClimateCulture-Lab.

Kontakt:

E-Mail:

steckert@pestel-institut.de



Natura 2000

Frischer Wind in alten Segeln

Deutschland braucht politischen Willen und gutes Personal für das Management seiner Naturschutzgebiete

Die EU-Kommission macht Druck: Im Januar startete ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen mangelnder Umsetzung der EU-Naturschutzrichtlinien. Im Herbst soll ein zweiter Bericht veröffentlicht werden – voraussichtlich mit wenigen Erfolgsmeldungen. Dabei sollten beim Naturschutz alle im selben Boot sitzen. Wirksame Lösungsansätze sind jetzt notwendig, begonnen bei ausreichend qualifiziertem Personal in den Behörden. ■ VON JULIA ASPODIEN, NABU

Nicht nur bei der Wahl des EU-Parlaments im Mai gab es von der Gesellschaft eine klare Absage für ein „Weiter so“ an die Politik. Auch von der Europäischen Kommission erhält Deutschland derzeit eine Rüge nach der anderen für die mangelhafte Umsetzung der EU-Richtlinien zum Schutz von Natur und Umwelt. Im Januar 2019 wurde ein Vertragsverletzungsverfahren zur systematisch mangelhaften Umsetzung des Artikels 4 und 6 der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) gegen Deutschland eröffnet (VVV 2014/2262). Die EU-Kommission zieht damit die Konsequenz aus dem seit 2014 laufenden Mahnverfahren. Die Verpflichtungen waren Deutschland mit der Verabschiedung der FFH-RL seit 1992 bekannt und hätten seit 2010 erfüllt sein müssen. Wie auch bei der Nitratrichtlinie drohen Deutschland rückwirkende Strafzahlungen von bis zu 800.000 Euro pro Tag, sollte es zu einem Urteil vor dem Europäischen Gerichtshof kommen. Würde die Bundesregierung die voraussichtliche Gesamtstrafsumme von 1,5–2,6 Milliarden Euro mit konstruktiven Lösungsansätzen zusätzlich einsetzen, damit die Umsetzung im Naturschutz effizienter wird, könnte sich in der Praxis eine bisher nie da gewesene Wirksamkeit entfalten. Bisher werden in Deutschland jährlich nur 536 Millionen Euro für direkte Naturschutzmaßnahmen ausgegeben. Um die Lücke zur Erfüllung der EU-Naturschutzrichtlinien zu schließen hat die Bundesregierung einen Mindestbedarf von 1,4 Milliarden Euro ermittelt. Die Umweltverbände fordern daher eine Bereitstellung von 15 Milliarden im neuen EU-Haushalt.

Seit 27 Jahren wird die Richtlinie unvollständig umgesetzt, die wenigen Erfolge reichen nicht aus. All das zeigt, dass Deutsch-

land das Verfahren ernst nehmen muss und zur Verbesserung hiesiger Schutzaktivitäten nutzen sollte. Kritisiert werden vor allem vier grundlegende Defizite:

- ▶ Fehlende Unterschutzstellung nach nationalem Recht von 787 von 4.606 gemeldeten FFH-Gebieten (Art. 4 Abs. 4 FFH-RL, zum Stichtag 3. August 2018).
- ▶ Systematisch fehlerhafte Definition der Erhaltungsziele (Art. 6 FFH-Richtlinie) bundesweit.
- ▶ Fehlende Managementpläne mit konkreten Erhaltungsmaßnahmen für 1.320 von 4.606 Gebieten (Art. 6 FFH-RL, zum Stichtag 3. August 2018).
- ▶ Vollständige Verfügbarkeit der Managementpläne für die Öffentlichkeit (Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen oder EU-Umweltinformations-RL / ZÖUI; Art. 7 (1)).

Deck schrubben und klar zur Wende!

Die Defizite werden vor allem in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen sichtbar, wobei der Vorwurf, dass Ziele fehlerhaft definiert sind, systematisch alle Bundesländer betrifft. In der Richtlinie wurde festgelegt, für welche Arten und Lebensraumtypen ein günstiger Erhaltungszustand hergestellt und aufrechterhalten werden soll. Diesen Zustand gilt es konkreter zu definieren, im Falle der Arten zum Beispiel durch Festlegung einer notwendigen Individuenanzahl für eine stabile Population, bezogen auf eine Flächeneinheit. Für Lebensräume könnten beschreibende Indikatoren in Bezug auf abiotische Faktoren und Artenzusammensetzungen mit dem günstigen Zustand korreliert werden. Diese messbare und konkrete Ausformulierung der Ziele wird von der Eu-

ropäischen Kommission als Zieldefinition nach dem SMART-Prinzip⁽¹⁾ gefordert. In den Berichten sollen damit klare Vergleichswerte geschaffen werden, mit denen die Managementpläne auch finanziell ausgestaltet werden können. Einzelbeispiele aus der Praxis in Deutschland und anderer Nationen zeigen, dass das machbar ist.

Es fehlen flächendeckende positive Ergebnisse. Die Forderungen der EU-Kommission, eine Nachschärfung der Ziele und Konkretisierung der Managementpläne bundesweit zu erzielen, sind berechtigt, schon damit es eine klare Rechtsgrundlage gibt. Eine weitere juristische Verzögerung wird den Verlust an Arten und Lebensräumen in Deutschland nicht aufhalten. Stattdessen sollte das Mahnverfahren genutzt werden, um eine gemeinsame Umsetzungsoffensive der Länder zu schaffen, die Personal und Finanzfragen klärt und die nötige Verbesserung der Umsetzung in den Schutzgebieten möglich macht.

Vorhandene gute Winde nutzen

Bestehende Naturschutzmaßnahmen und laufende Bemühungen zur Umsetzung der Richtlinie dürfen jedoch nicht lahmgelegt werden. Viele Länder haben bereits gute Strukturen geschaffen und die Grundlage gelegt, die nun mit gemeinsamer Anstrengung aller Ebenen rasch zum Erfolg führen muss. Defizite bei der klaren Ausweisung von Flächen und Gebieten kommen zum Beispiel häufig vor, wenn unterschiedliche Datengrundlagen aus Luft- oder Satellitenbildern oder weiteren Quellen verwendet werden. Der mangelnden Konkretisierung der Ziele liegt oft eine fehlende über alle Ebenen einheitliche Vorgabe und transpa-

rente Kommunikation der Anforderungen zugrunde. Diese Versäumnisse müssen zwar beseitigt werden – aber im laufenden Betrieb. Die Vorgaben der Kommission können daher über die kontinuierliche Überarbeitung und Konkretisierung von Erhaltungszielen und Managementplänen bei der laufenden Aktualisierung erfolgen.

Gleiche Regeln für alle an Bord – Naturschutz hat Vorrang

Um ein effizientes Vorgehen im Hinblick auf finanzielle und personelle Ressourcen mit schnellen Ergebnissen erreichen zu können, müssten die Bundesländer auf nationaler Ebene unterstützt werden. Eine Fachkonvention der Bundesebene zur Erreichung günstiger Erhaltungszustände von Arten und Lebensräumen über die Definition von Korridoren für Messzahlen würde notwendige Informationen für die Arbeit auf Landesebene zusammentragen. Doppelte Arbeit für Lebensraumtypen und Arten, die in mehreren Bundesländern vorkommen kann dadurch gespart werden. Dies könnte ebenso über eine Definition der guten fachlichen Praxis des Natura-2000-Managements und ganz konkrete Erhaltungsziele als unabhängiger Methodenstandard realisiert werden. So würden die Länder mit dieser Recherche gerade bei den in mehreren Ländern vorkommenden Arten und Lebensräumen entlastet werden. Die gebietsspezifische Konkretisierung des Erhaltungsziels kann auf Basis eines solch bundesweit vergleichbaren Maßstabs von den Ländern mit deutlich geringerem Aufwand vorgenommen werden. Zusätzlich könnte so auch eine Vergleichbarkeit der Länder hergestellt werden, die eine aussagekräftige Berichterstattung sowohl auf Landes- als auch Bundesebene ermöglicht.

Die Umsetzung des gebietsspezifischen konkretisierten Erhaltungsziels muss unabhängig vom aktuellen politischen Willen in den Ländern oder Landkreisen rechtlich mit Ge- und Verboten gesichert werden, die ein konsequentes Durchgreifen bei Verstößen ermöglichen. Hierfür bedarf es rechtsverbindlicher, konkreter und langfristiger Managementpläne für Natura-2000-Gebiete. Die Berücksichtigung des

Erhalts natürlicher Stoffkreisläufe bildet für Lebensräume daher eine logische Grundlage. Unterstützt werden sollte dies zum Beispiel durch ein Verbot von Pestiziden in FFH-Gebieten. So kann dem Naturschutz hier der angedachte Vorrang gewährt werden. Gewissenhafte und qualifizierte Umweltverträglichkeitsprüfungen, die verbindlich Beachtung finden, sind in diesem Zusammenhang ebenso unabdingbar. Die Zulassung von Nutzungsänderungen, die zum Beispiel in natürliche Stoffkreisläufe eingreifen, ist dabei auch von der FFH-RL nur in Ausnahmefällen vorgesehen.

Nicht nur auf See: Beharrlichkeit zählt

Im Rahmen einer gerade veröffentlichten Studie im Auftrag der Europäischen Kommission wurden Schlüsselfaktoren für Erfolge von Erhaltungsmaßnahmen ermittelt. Ein Kernergebnis war die Bedeutung eines konkreten und langfristig angelegten Konzeptes für die Gewährleistung der effektiven und kontinuierlichen Durchführung von Managementmaßnahmen.

Diese Kontinuität kann nur mit klaren und im Rahmen hauptamtlicher Strukturen realisierbaren Verantwortlichkeiten pro Gebiet erfüllt werden. Landesbehörden sollten hierfür beispielsweise im Landeswald als Vorbild vorangehen. Im deutschlandweiten Vergleich haben sich Natura-2000-Kompetenzzentren auf Landesebene bewährt – zum Beispiel die in einigen Ländern etablierten Biologischen Stationen. Sie können sowohl die politische Unabhängigkeit und Kontinuität gewährleisten als auch eine fachkundige Beratung, ein einheitlich abgestimmtes Monitoring und vergleichbare Berichterstattung über den Zustand der Lebensraumtypen und Arten in den FFH-Gebieten auf Landesebene realisieren.

Um zu prüfen, ob die Maßnahmen tatsächlich positiv auf die Gebietsentwicklung wirken, und gegebenenfalls nachzusteuern, ist ein kontinuierliches Monitoring unabdingbar. So können zum Beispiel aufeinander prallende Nutzerinteressen rechtzeitig erkannt und im Dialog beseitigt werden. Mit einer fundierten Datengrundlage für belegbare Entwicklungstendenzen und Referenzdaten können entsprechende Rückschlüsse

gezogen werden. Auch die Berichterstattung wird dadurch erleichtert. Ein einheitliches digitales Vorgehen mit ausreichender Datentransparenz zwischen den Ebenen bietet eine hilfreiche Grundlage.

Die Managementpläne und die notwendigen Maßnahmen, inklusive der Ge- und Verbote, müssen der Öffentlichkeit und besonders den betroffenen Landnutzern klar kommuniziert werden. Die fehlende Bekanntheit des Natura-2000-Gedankens bei Nutzern, aber auch teilweise bei Behörden ist häufig ein Problem, das bei der Kommunikation von Maßnahmen bedacht werden sollte. Schulungen und Handreichungen für die Naturschutzbehörden und Ansprechpartner vor Ort können ein erster Schritt für die Aufklärung zu neuen Maßstäben und Anforderungen sein. Eventuell können Beispiele anhand einzelner Arten und Lebensraumtypen das Vorgehen praktisch greifbarer machen.

Auf Gebiets- und Länderebene können die notwendige Konkretisierung, langfristige Planung, Kontrolle und Nachjustierung nur mit ausreichend qualifiziertem Personal und finanziellen Mitteln für die Maßnahmen vorgenommen werden. GAK-Gelder⁽²⁾ und das geplante Aktionsprogramm Schutzgebiete stellen hierbei grundlegende Instrumente zur finanziellen Sicherung der Zukunft von Natura 2000 dar. Es bleibt in diesem und nächsten Jahr aber noch viel zu tun, um bei der Umsetzung des europäischen Naturschutzes „klar Schiff“ zu machen – zu Lande und zu Wasser.

Anmerkungen

- ▶ (1) Im Projektmanagement die Abkürzung für specific, measurable, achievable, reasonable, time bound (auf Deutsch in etwa spezifisch, messbar, attraktiv, realistisch und terminiert)
- ▶ (2) Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK)

Julia Aspodien ist Biologin mit Master (MSc) in Ökologie und Naturschutz. Nach Tätigkeiten im Projektmanagement arbeitet sie als stellvertretende Teamleiterin im Bereich Naturschutz und Landnutzung beim NABU.

Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 284984-1618,
E-Mail: julia.aspodien@nabu.de, www.nabu.de



ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Schiffsrecycling**Abmahnung für Deutschland**

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni angekündigt, Vertragsverletzungsverfahren gegen neun Mitgliedstaaten einzuleiten, deren alte Schiffe nicht nach EU-Vorgaben recycelt werden.

Der Vorwurf der Kommission: Die betroffenen Mitgliedstaaten haben die Verordnung 1257/2013 über das Recycling von Schiffen nicht genügend umgesetzt. Bis Ende 2018 mussten alle EU-Staaten der Kommission berichten, wie sie ihre nationalen Bestimmungen an die neuen Regelungen angepasst haben. Kroatien, Zypern, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, Rumänien, Slowenien und Schweden berichteten entweder gar nicht oder nur unvollständig und haben nun zwei weitere Monate Zeit, ihren Pflichten nachzukommen.

Die Verordnung soll sicherstellen, dass Schiffe, die unter der Flagge eines Mitgliedstaates der EU fahren, „auf sichere und nachhaltige Weise recycelt werden“. Seit Januar 2019 dürfen sie deshalb nur noch in dafür vorgesehenen Anlagen abgewrackt werden, die bestimmte Sicherheits- und Umwelanforderungen erfüllen. Auf diese Weise soll verhindert werden, dass Schiffe „gebeacht“ – also einfach am Strand abgesetzt und dort ohne Sicherheitsstandards auseinandergenommen – werden und einheimische ArbeiterInnen und die Umwelt mit giftigen Stoffen in Kontakt kommen. [km]

► www.europa.eu/rapid (Search: MEMO-19-2772)

Gegen Plastikmüll**Verbote und Gebühren**

■ Freiwillige Erklärungen reichen nicht: Zu dem Schluss kam die Europäische Umweltagentur (EEA) im Juni in ihrem Bericht über Maßnahmen gegen die Plastikverschmutzung in Europa.

EU-weit haben sich bisher nur neun Regierungen ein konkretes Ziel für die Vermeidung von Plastikabfällen oder die Wiederverwendung von Plastikprodukten gesetzt. Von den insgesamt 173 Maßnahmen, die die einzelnen Staaten bereits umgesetzt oder zumindest geplant haben, sind ein Großteil freiwillige Vereinbarungen oder Informationsaktivitäten. Nur knapp über ein Drittel der Maßnahmen beinhaltet regulatorische oder marktbasierende Instrumente. Dazu zählen beispielsweise Verbote für Mikroplastik oder bestimmte Einwegplastikprodukte sowie Gebühren für Plastiktüten. 105 Maßnahmen beziehen sich auf die Produktionsphase der Plastikprodukte, 69 auf die Konsum- oder Verwertungsseite.

Die BerichterstellerInnen bemängeln, dass für die meisten Produktgruppen noch klare und kohärente Ziele fehlten, die Innovationen vorantreiben und die Abfallbehandlung verbessern könnten. Die EEA empfiehlt den Mitgliedstaaten, die Verwendung von Einwegplastikprodukten und nicht recycelbaren Plastikprodukten einzuschränken. Außerdem sollten Gebühren, wie sie in vielen Ländern bereits erfolgreich für Plastiktüten eingeführt wurden, auch auf andere Produktgruppen ausgeweitet werden. Besonders Plastikverpackungen, die den größten Plastikabfallstrom in der EU ausmachen, müssten stärker reguliert werden.

Der EEA-Bericht basiert auf den nationalen Abfallvermeidungsprogrammen der EU-Staaten und Umfragen in den einzelnen Ländern. [km]

► EEA-Bericht (Zusammenfassung): www.eea.europa.eu/highlights/what-are-european-countries-doing

Recycling**Noch kein Allheilmittel**

■ Mehr als eine Million Tonnen Elektroaltgeräte werden jährlich nicht recycelt, weil sie nicht getrennt erfasst werden. Zu dem Schluss kommt eine Studie des NABU, die vom Institut für Zukunftsstudien und

Technologiebewertung und Ökopol durchgeführt wurde. Ein weiteres Ergebnis: Selbst wenn Geräte im Recycling landen, werden nur 60 Prozent der Gerätemasse auch tatsächlich wiederverwertet. Die Sammlung von Geräten könne beispielsweise durch ein Pfandsystem für besonders ressourcenrelevante Geräte verbessert werden, empfiehlt der Nabu. Zudem müsse beim Recycling stärker auf die Qualität der Rohstoffe geachtet werden. [km]

► www.kurzlink.de/nabu-recycling-19

REACH**EU will Chemikalienkontrollen verbessern**

■ Mit einem Aktionsplan wollen die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) und die EU-Kommission dafür sorgen, dass die Industrie ihren Informationspflichten über die Umwelt- und Gesundheitsrisiken von Substanzen nachkommt.

Statt bisher nur fünf will die ECHA zukünftig 20 Prozent aller eingereichten Dossiers überprüfen. Dafür soll der entsprechende Artikel in der EU-Chemikalienverordnung REACH geändert werden. Bis Ende 2027 will die Agentur zudem alle eingereichten Anträge der Industrie überprüft haben. Diese Schritte kündigte eine Abteilungsleiterin der ECHA Ende Mai auf einer Konferenz zum sicheren Umgang mit Chemikalien an. Der Aktionsplan soll außerdem Entscheidungsprozesse beschleunigen, Harmonisierung erhöhen und den Text bestehender Regelungen vereinfachen. Mit diesen Kontrollen und Erleichterungen will die ECHA Unternehmen dazu bringen, ihre Registrierungsdossiers im Rahmen der REACH-Verordnung zu verbessern. Bisher fehlen vielen Dossiers wichtige Informationen über die Auswirkungen registrierter Stoffe auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit, obwohl die Stoffe bereits seit Jahren EU-weit im Umlauf sind.

Detailliertere Informationen dazu lieferte der BUND Ende Mai: Gemeinsam mit

dem Europäischen Umweltbüro wertete er Daten über 41 Dossiers aus, die gegen die Vorgaben von REACH verstoßen. Fazit: Zahlreiche Chemikalien gelten als ordnungsgemäß registriert und werden in großen Mengen auch in Alltagsprodukten eingesetzt – trotz fehlender Sicherheitsdaten zu ihrem Gefährdungspotenzial. Laut BUND gehören fünf der zehn größten Chemieunternehmen der Welt zu den säumigen Firmen, nämlich BASF, Dow Chemicals, SABIC, Ineos und ExxonMobil.

Die ECHA will den vollständigen Aktionsplan Ende Juni veröffentlichen. [jg/km]

- ▶ Informationen der ECHA zum Aktionsplan: www.kurzlink.de/echa-actionplan
- ▶ BUND-Recherche: www.kurzlink.de/bund-reach

Schiffsemissionen

Massive Belastung durch wenige Anbieter

■ Kreuzfahrtschiffe stoßen in europäischen Hafenstädten große Mengen gesundheitsschädlicher Emissionen aus. Ein im Juni veröffentlichter Bericht der Organisation Transport and Environment (T&E) verdeutlicht, wie einige wenige Konzerne die Luft in vielen europäischen Städten verpesteten.

Anbieter von Luxuskreuzfahrten, die zum Konzern Carnival Corporation & PLC gehören, stießen 2017 demnach zehn Mal mehr Schwefeldioxid aus als alle 260 Millionen Kraftfahrzeuge in Europa zusammen. Auch die Belastung durch Stickoxide steigt in vielen Häfen durch den Kreuzfahrttourismus; in Marseille stießen die 57 anlegenden Schiffe 2017 etwa ein Viertel so viele Emissionen aus wie die 340.000 Autos der Stadt. Am stärksten leiden Häfen in Spanien, Italien, Griechenland, Frankreich und Norwegen unter der Luftverschmutzung. Die am stärksten betroffene deutsche Stadt ist Hamburg.

T&E und seine deutsche Mitgliedsorganisation NABU empfehlen auf Grundlage der Studie deshalb, in Häfen liegende Kreuzfahrtschiffe dazu zu verpflichten,

ihre Energieversorgung durch Landstrom zu decken. Außerdem sollten die bereits bestehenden Emissionskontrollgebiete auf den Rest der EU ausgeweitet und die Standards innerhalb der Zonen verschärft werden. Da der Kreuzfahrtsektor offenbar nicht bereit sei, die bereits ausgereiften Technologien für sauberere Schiffe freiwillig zu verwenden, müssten die Regierungen eingreifen und Nullemissionsstandards vorschreiben, sagte Faig Abbasov, Referent für Schifffahrtspolitik bei T&E. [km]

- ▶ Studie T&E: www.transportenvironment.org/publications/one-corporation-pollute-them-all
- ▶ www.kurzlink.de/nabu-kreuzfahrt

Luftqualität I

Immer noch zu viel Stickstoff in der Luft

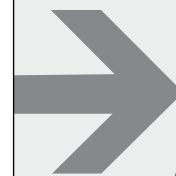
■ 2018 wurde in 57 Städten Deutschlands der EU-Luftgrenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid (NO₂) pro Kubikmeter Luft im Jahresdurchschnitt überschritten. Das sind acht Städte weniger als im Jahr zuvor. Diese Zahl veröffentlichte das Umweltbundesamt (UBA) Mitte Juni und schlussfolgerte, dass weitere Maßnahmen notwendig seien, um die Luftqualität in deutschen Städten zu verbessern. Neben Softwareupdates brauche es auch eine schnelle Nachrüstung alter Dieselfahrzeuge, um den Stickstoffausstoß wirksam zu reduzieren, forderte UBA-Präsidentin Maria Krautzberger.

Während die Werte für Feinstaub (PM 10) in der Luft die offiziellen Grenzwerte nur an einer Station überschreiten, sind sie an 79 Prozent der Messstationen immer noch höher, als die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt, und stellen damit ein Risiko für die Gesundheit dar. Das UBA rät, besonders Emissionen aus privater Holzverbrennung, dem Abrieb von Bremsen, Kupplungen und Reifen und der Landwirtschaft in den Fokus zu nehmen, um die Luftqualität zu verbessern.

Für die Deutsche Umwelthilfe sind die aktuellen Zahlen zur Luftqualität ein „Zei-

Nachhaltigkeit

A-Z



M

wie Mülltauchen

Beim »Containern« oder »Mülltauchen« geht es darum, genießbare Lebensmittel aus Supermarktabfällen zu sammeln. Im Fokus der Akteure steht dabei, Ressourcenverschwendung zu verhindern, doch es gibt weitere Motive: vom Konsumverzicht über eingespartes Geld bis hin zum Reiz, in einer rechtlichen Grauzone zu agieren. Die Analyse zeigt ein buntes Bild quer durch die gesellschaftlichen Schichten.

B. Jahnke

Mülltauchen für eine bessere Welt
Eine Mixed-Methods-Studie zum Containern in Deutschland

182 Seiten, broschiert, 29,- Euro,
ISBN 978-3-96238-111-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

chen für das Scheitern der automobilindustriefreundlichen Diesel-Förderpolitik“. Sie forderte die Bundesregierung auf, die Hersteller zur Übernahme der Kosten für Hardwarenachrüstungen für Diesel-Pkws zu verpflichten. [km]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-luft-18
- ▶ www.kurzlink.de/duh-luft-uba

Luftqualität II

Saubere Luft bis 2030

■ Ende Mai hat die Bundesregierung ihr nationales Luftreinhalteprogramm verabschiedet und ist so mit Verspätung ihrer Verpflichtung durch die EU-Richtlinie über nationale Emissionshöchstmengen (NEC-Richtlinie) nachgekommen.

Das Programm legt dar, wie die Regierung die Belastung der Luft durch Feinstaub und andere Schadstoffe bis 2030 verringern will. Dazu zählen Maßnahmen wie die 44. Bundesimmissionsschutzverordnung zur Minderung der Emissionen aus mittelgroßen Feuerungsanlagen, neue Vorgaben für die Abgasregulierung von Pkws oder der Ausstieg aus der Braun- und Steinkohleverstromung. Außerdem will die Regierung die Technische Anleitung Luft (TA Luft) anpassen und weitere Maßnahmen im Bereich des Anlagen- und Düngerechts umsetzen.

Die Deutsche Umwelthilfe, der NABU und das Europäische Umweltbüro hatten den Entwurf des Luftreinhalteprogramms im Vorhinein kritisiert und weitergehende Maßnahmen gefordert.

Die NEC-Richtlinie der EU sieht vor, dass alle Mitgliedstaaten verbindliche nationale Reduktionsverpflichtungen für die Schadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, flüchtige organische Kohlenwasserstoffe ohne Methan, Ammoniak und Feinstaub für die Jahre 2020 und 2030 vorlegen. In einem nationalen Luftreinhalteprogramm müssen die einzelnen Regierungen erklären, wie sie diese Ziele erreichen wollen. [km]

- ▶ www.kurzlink.de/bmu-luftstrategie
- ▶ www.nabu.de/news/2019/04/26155.html

KLIMA & ENERGIE

Nationale Energie- und Klimapläne

EU-Länder müssen erheblich nachbessern

■ Die EU-Kommission hat im Juni ihre Bewertung der vorläufigen Nationalen Energie- und Klimapläne (NECP) der 28 EU-Länder veröffentlicht. Obwohl „die nationalen Pläne bereits erhebliche Bemühungen erkennen lassen“, bestehen laut Kommission große Defizite im Hinblick auf politische Maßnahmen, um „die Erreichung der Ziele für 2030 zu gewährleisten und auch längerfristig in Richtung Klimaneutralität voranzukommen“. Bei den erneuerbaren Energien beläuft sich die Lücke auf bis zu 1,6 Prozentpunkte. Im Bereich Energieeffizienz liegt das Minus bei jeweils rund 6 Prozent für den Primär- und den Endenergieverbrauch.

Auch Deutschland müsse nachlegen, denn mit den beschriebenen Maßnahmen werde das Land seine 2030-Ziele für Abfall, Gebäude, Landwirtschaft und Verkehr nicht erreichen. Diese Bereiche sind über die Lastenteilungsverordnung abgedeckt und sollen bis 2030 38 Prozent weniger Treibhausgase als 2005 emittieren. Zudem sei nicht klar, wie Deutschland zum EU-Ziel beitragen wolle, die Energieeffizienz bis 2030 um 32,5 Prozent zu verbessern. Besser sieht es bei den erneuerbaren Energien aus: Hier kann Deutschland der Kommission zufolge seine Ziele für 2022, 2025 und 2027 sogar übertreffen.

DNR-Präsidiumsmitglied Hermann Ott kommentierte: „Nun ist es amtlich bestätigt aus Brüssel: Deutschland tut bei Weitem nicht genug für den Klimaschutz. Die Maßnahmen in praktisch allen Sektoren, namentlich Energie, Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft, reichen für einen angemessenen Beitrag Deutschlands zum EU-Ziel eindeutig nicht aus.“

Auf europäischer Ebene appellierten das Climate Action Network (CAN) Europe, Friends of the Earth Europe (FoEE), der WWF und Greenpeace an die EU-Mitgliedstaaten, ihre Ambitionen deutlich

zu steigern. Die derzeit geltenden EU-Ziele für 2030 dürften nur der Ausgangspunkt sein, nicht die Zielmarke. Eher noch sollte das Klimaziel 2030 auf 65 Prozent CO₂-Reduktion angehoben werden. Transport & Environment (T&E) kritisierte indes die Kommission dafür, dass sie für keinen NECP-Entwurf Verbesserungsvorschläge für den Verkehrsbereich machte. Einer Analyse der Umweltorganisation zufolge griffen die vorgeschlagenen Maßnahmen zu kurz, um den Verkehrsbereich umfassend zu dekarbonisieren.

Die Mitgliedstaaten haben nun sechs Monate Zeit, die Zielsetzungen ihrer NECP-Entwürfe „nach oben zu korrigieren“, so die Kommission. Bis zum 31. Dezember müssen die finalen Pläne an Brüssel gehen. Die Kommission kündigte an, die EU-Länder bei der Überarbeitung zu unterstützen. [aw]

- ▶ EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Search: IP/19/2993)
- ▶ NECPs: www.kurzlink.de/dg-energy-necps
- ▶ DNR: www.kurzlink.de/dnr-necp-180619
- ▶ CAN Europe: www.kurzlink.de/can-necp-180619
- ▶ FoEE: www.kurzlink.de/foee-necp-180619
- ▶ Greenpeace: www.kurzlink.de/gp-necp-180619
- ▶ T&E: www.kurzlink.de/te-necp-180619
- ▶ WWF EU: www.wwf.eu/?uNewsID=348756

Treibhausgasemissionen

Ein Auf und Ab

■ Einem Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zufolge gab es 2017 europaweit 0,7 Prozent mehr Treibhausgase als im Vorjahr. Dennoch konnte die EU zwischen 1990 und 2017 ihren Ausstoß von Treibhausgasen um 21,7 Prozent verringern. Damit liegt die EU bereits über ihrem 2020-Klimaziel von 20 Prozent weniger CO₂, verglichen mit dem Basisjahr 1990. Jedoch bleibt der Verkehr das Sorgenkind. Dort sind die klimaschädlichen Emissionen im vierten Jahr in Folge gestiegen. Sowohl im Güter- als auch im Personenverkehr waren Zuwächse zu verzeichnen. Die EEA wird im Herbst vorläufige Zahlen für das Jahr 2018 vorlegen. Auf der anderen Seite sind laut Deutscher

Emissionshandelsstelle (DEHSt) die Treibhausgasemissionen aus Industrieanlagen in Deutschland, die am europäischen Emissionshandel (EU-ETS) teilnehmen, im Jahr 2018 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die rund 1.800 im EU-ETS erfassenden Anlagen emittierten etwa 422 Millionen Tonnen CO₂. Dies entspricht einem Rückgang um 3,5 Prozent gegenüber 2017.

Auch europaweit sind die Emissionen von Industrieanlagen 2018 gesunken – um rund vier Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Jedoch stiegen die CO₂-Emissionen des innereuropäischen Flugverkehrs, der ebenfalls Bestandteil des EU-ETS ist um 3,9 Prozent. Das geht aus neuesten Daten der Generaldirektion Klima der EU-Kommission hervor. [aw]

- ▶ EEA: www.eea.europa.eu/highlights/small-increase-in-eus-total-ghg
- ▶ DEHSt: www.kurzlink.de/vet-bericht-2018
- ▶ EU-Kommission: www.kurzlink.de/com-ets-040619

People's Climate Case

EU-Gericht weist Klimaklage ab

■ Wie die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch sowie das Climate Action Network (CAN) Europe im Mai

mitteilten, hat das Gericht der EU (EuG) in seinem Urteil eine Klimaklage für unzulässig erklärt. Als Begründung führte das Gericht an, dass die KlägerInnen aufgrund mangelnder individueller Betroffenheit nicht befugt seien, die Klimapolitik der EU vor Gericht anzufechten.

Die zehn Familien aus Europa, Kenia und Fidschi sowie ein samischer Jugendverband aus Schweden wollen mit ihrer Klage erreichen, dass die beiden gesetzgebenden EU-Institutionen, also das EU-Parlament und der Ministerrat, die EU-Klimaziele für 2030 deutlich erhöhen. Eine CO₂-Reduktion von 40 Prozent sei zu wenig, um die Klimakrise einzudämmen und die Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Beruf und Eigentum zu schützen.

Sowohl EU-Parlament als auch -Rat hatten im Oktober 2018 auf die Klage mit einem Antrag auf Klageabweisung wegen Unzulässigkeit reagiert, ohne sich mit den Forderungen nach der Notwendigkeit und Machbarkeit einer ambitionierteren Klimaschutzpolitik auseinanderzusetzen. Diesem Antrag gab das Gericht statt.

Die KlägerInnen wollen beim Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) Revision gegen das EuG-Urteil einlegen. [aw]

- ▶ EuG: www.kurzlink.de/eug-klklage-080519
- ▶ People's Climate Case: www.peoplesclimatecase.caneurope.org/de

Energiewende I

Sie kann naturverträglich sein

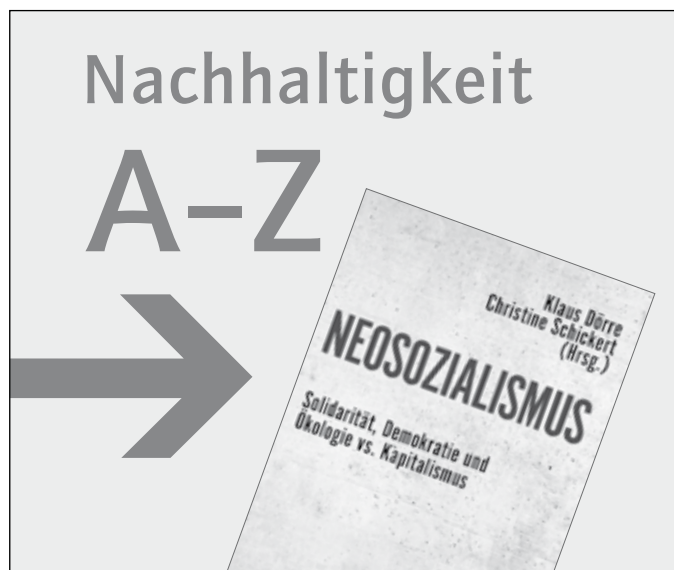
■ Der Naturschutzbund (NABU) hat im Mai die Studie „Strategien für eine naturverträgliche Energiewende“ präsentiert. Sie zeigt, dass Klimaschutzziele erreicht und ein hohes Naturschutzniveau beibehalten werden können. Grundsätzlich ist es möglich, die energiebedingten Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2050 gegenüber 1990 um bis zu 100 Prozent zu reduzieren, so das Fazit des Gutachtens. Das Wuppertal Institut untersuchte für den NABU dazu vorliegende Energieszenarien und griff diejenigen Klimaschutzstrategien heraus, die bisher unterrepräsentiert sind und künftig deutlich stärker gefördert werden sollten. Dazu zählen Fotovoltaik, Steigerung von Energieeffizienz, Förderung natürlicher CO₂-Senken und Ressourcenschutz. [aw]

- ▶ Gutachten: www.kurzlink.de/bericht-naturenergie

Energiewende II

Bericht ohne Fortschritt

■ Im Juni sind der zweite Fortschrittsbericht zur Energiewende und die dazugehörige Stellungnahme einer Experten-



K wie Kontroverse

In Zeiten der »Großen Transformation« müssen wir uns fragen: Kann, soll und darf sich eine sozialökologische Transformation noch innerhalb kapitalistischer Bahnen bewegen? Oder sollten neue Wege jenseits des Kapitalismus – etwa in Richtung einer neosozialistischen Entwicklung – beschränkt werden? In der Kontroverse vereint, setzen sich die Autorinnen und Autoren dieses Bandes kritisch mit Vorschlägen dazu auseinander.

K. Dörre, C. Schickert (Hrsg.)

Neosozialismus

Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus

216 Seiten, broschiert, 22,- Euro, ISBN 978-3-96238-119-6

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

kommission erschienen. Es geht darum zu beurteilen, inwiefern Deutschland auf Kurs ist, die 2020-Klimaschutzziele zu erreichen.

Im Fortschrittsbericht heißt es dazu, dass die Treibhausgasemissionen in Deutschland „im Jahr 2017 leicht und im Jahr 2018 deutlich zurückgegangen“ sind. Der Anteil von erneuerbaren Energien liegt bereits über dem 2020-Ziel von 20 Prozent. Außerdem habe es „zuletzt deutliche Fortschritte“ bei der Energieeffizienz gegeben. Der „Verkehrsbereich steht noch am Anfang“. Naturgemäß kritischer bewerten die vier Wissenschaftler des Monitoringprozesses die Ergebnisse: Wahrscheinlich werden der Ausstieg aus der Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien (Anteil am Bruttoendenergieverbrauch sowie am Bruttostromverbrauch) erreicht. Dass die 2020-Ziele für die CO₂-Reduktion und für Energieeffizienz erreicht werden, gilt dagegen als unwahrscheinlich. Vor allem der Verkehrsbereich bremse nach wie vor positive Entwicklungen für mehr Klimaschutz. Die vier Experten kritisieren auch, dass im zweiten Fortschrittsbericht konkrete Maßnahmen zur Zielerreichung fehlen.

Außerdem beschloss das Bundeskabinett im Juni den Bundesbericht Energieforschung 2019. Er gibt Auskunft über die Förderpolitik der Bundesregierung zur Energieforschung und fasst die Fördermittel der Bundesländer und der EU-Forschungspolitik im Energiebereich zusammen. [aw]

- ▶ Zweiter Fortschrittsbericht:
www.kurzlink.de/energiebericht-6619
- ▶ Stellungnahme:
www.kurzlink.de/expkom-edz-0519
- ▶ Bundesbericht Energieforschung:
www.kurzlink.de/enerforsch-2019

Strukturstärkungsgesetz

Geld für Kohleregionen

■ Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) hat Ende Mai ein Eckpunktepapier zur Umsetzung der strukturpolitischen Empfehlungen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ für ein „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ vorgelegt.

Für die vom Kohleausstieg betroffenen Braunkohleregionen Lausitzer Revier, Rheinisches Revier und Mitteldeutsches Revier will der Bund ein Sofortprogramm mit einem Volumen von bis zu 240 Millionen Euro auflegen, mit welchem kurzfristig Strukturwandelprojekte gefördert werden.

Das Bundeskabinett will zudem noch vor der Sommerpause das Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen erarbeiten und beschließen. Dieses Mantelgesetz soll aus zwei Teilen bestehen: einem neuen Stammgesetz „Investitionsgesetz Kohleregionen“, mit dem der Bund den Ländern bis zum endgültigen Kohleausstieg 2038 Finanzhilfen von bis zu 14 Milliarden Euro für Investitionen gewährt, und aus Änderungen einiger bestehender Gesetze und Rechtsverordnungen.

Die langfristigen Finanzhilfen sollen zu 43 Prozent für das Lausitzer Revier (davon 60 Prozent Brandenburg und 40 Prozent Sachsen), 37 Prozent für das Rheinische Revier und zu 20 Prozent für das Mitteldeutsche Revier (davon 60 Prozent Sachsen-Anhalt und 40 Prozent Sachsen) bereitstehen. [aw]

▶ Eckpunktepapier:
www.kurzlink.de/bmwi-kohle-220519

Fracking-Gas

Umstrittene Förderung

■ Der Bundesrat hat im Juni der Verordnung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Aufbau der Flüssiggas (LNG)-Infrastruktur in Deutschland zugestimmt. Aus Sicht des BUND widerspricht der Bau von Terminals „den Zielen des Klimaschutzes und ist energiewirtschaftlich unsinnig“. Auch die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte den Beschluss als „klima- und verbraucherfeindlich“.

Wenige Tage zuvor hatte die DUH ein Rechtsgutachten vorgelegt, das ein geplantes LNG-Terminal in Brunsbüttel bei Hamburg für Fracking-Gas aus den USA aus Sicherheitsgründen als nicht genehmigungsfähig einstufte. Grund ist die räumliche Nähe zu anderen Gefahrenanlagen, einschließlich eines Zwischenlagers für radioaktive Abfälle und eines Chemieparks.

Die DUH, das „Klimabündnis gegen LNG“ und die Friday-For-Future-Bewegung lehnen den Bau sämtlicher an der deutschen Küste geplanter LNG-Terminals ab. Statt in fossile Infrastrukturen zu investieren, sollte sich die Bundesregierung auf den Ausbau und die Förderung erneuerbarer Energien konzentrieren.

Auf europäischer Ebene forderten indes Umweltschutzorganisationen in einem Brief an die EU-Kommission, die EU-Förderung von Gasinfrastrukturen im Rahmen der Projekte von gemeinsamem Interesse (PCIs) zu beenden. Die Organisationen äußerten Bedenken, die vorgesehenen 112 neuen Gasprojekte in die PCI-Liste aufzunehmen – angesichts einer „immanenten Klimakrise“. Denn auch fossiles Gas trage in erheblichem Maße zum Klimawandel bei. [aw]

▶ Bundesrat: www.kurzlink.de/burat-lng-070619
 ▶ BUND: www.kurzlink.de/bund-lng-070619
 ▶ DUH: www.kurzlink.de/duh-lng-280519
 ▶ Brief an EU-Kommission:
www.kurzlink.de/brief-pcilib-290519

Gebäudeenergieeffizienz

Schwacher Gesetzentwurf

■ Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) unternimmt offenbar einen neuen Anlauf, ein längst überfälliges Gebäudeenergieeffizienzgesetz (GEG) auf den Weg zu bringen. Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) kritisierte den im Mai aufgetauchten Referentenentwurf als zu schwach. „Wir fordern daher, den aktuellen Entwurf des GEG zurückzuziehen und deutlich nachzubessern. Neubauten von heute müssen mit dem Klimaziel 2050 kompatibel sein, daher muss für Neubauten der Standard KfW-Effizienzhaus 40 festgeschrieben werden.“

Auch die Deutsche Unternehmensinitiative Energieeffizienz (DENEFF) zeigte sich von dem Entwurf enttäuscht, da er die

Gebäudeenergieeffizienz nicht voranbringe. Statt innovative Lösungen für energiesparende Gebäude zu befördern, schreibe er selbst für öffentliche Gebäude lediglich die bestehenden Standards fort.

Dass es neuer politischer Impulse bedarf, zeigt eine aktuelle Studie des Umweltbundesamts (UBA), in der bundesweite Daten zu Energieverbrauch und Modernisierungsstand von Wohngebäuden von 2002 bis heute ausgewertet wurden. Danach ist die Energieeffizienz von Wohngebäuden bis etwa 2012 kontinuierlich gestiegen. Seitdem verbessert sie sich allerdings – anders als bei Mehrfamilienhäusern – bei Einfamilienhäusern kaum noch. [aw]

- ▶ DUH: www.kurzlink.de/duh-geg-290519
- ▶ DENEFF: www.kurzlink.de/deneff-geg-290519
- ▶ UBA: www.kurzlink.de/uba-gee-230519

Klimaschutzgesetz

Schulze prescht vor

■ Ende Mai hat sich das Klimakabinett auf seiner zweiten Sitzung darauf verständigt, dass die Bundesregierung im September „die Grundsatzentscheidung über die Gesetze und Maßnahmen treffen und bis Jahresende im Kabinett verabschieden“ werde. Nach Informationen verschiedener Medien hatte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) Ende Mai den Entwurf des Klimaschutzgesetzes ihres Hauses an die beteiligten Ressorts geschickt – ohne vorherige Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt. Sie rechtfertigte diesen Schritt damit, dass es jetzt Zeit sei, den nächsten Schritt zu gehen. „Als Ressortchefin für Klimaschutz kann ich nicht länger auf die Befindlichkeiten in der Union Rücksicht nehmen.“ Die Regierung müsse beim Klimaschutz endlich handeln.

Im Juli will sich das Kabinett außerdem mit der CO₂-Bepreisung befassen – ausgehend von einem bis dahin erwarteten Gutachten. Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßte, dass CDU und CSU ein Konzept für eine am Klimaschutz ausgerichtete Steuerreform erarbeiten wollen. Eine repräsentative Um-

frage von dimap im Auftrag von Germanwatch, der Stiftung Neue Energie und des Vereins CO₂-Abgabe von Juni zeigt: Auch GeringverdienerInnen und UnionswählerInnen befürworten mit jeweils fast 60 Prozent eine CO₂-Steuerreform. Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen ist besonders interessant: In Ostdeutschland wird eine solche Steuerreform ebenfalls mehrheitlich befürwortet. [aw]

- ▶ Klimakabinett: www.kurzlink.de/bureg-klia-290519
- ▶ BMU-Dossier zum Klimaschutzgesetz: www.kurzlink.de/bmu-klimagesetz
- ▶ Germanwatch: www.germanwatch.org/de/16548

KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

Europäische Bürgerinitiative

Farbiges Nährwert-ABC für verständlichere Etiketten

■ Seit dem 20. Mai sammelt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Pro-Nutriscore“ Unterschriften für eine für eine vereinfachte Nährwertkennzeichnung auf Lebensmitteln. Das sogenannte Nutri-Score-System, das es in Frankreich, Belgien und Spanien bereits gibt, zeigt auf einer farbigen, fünfstufigen Skala von A bis E, welche Gesundheitsbilanz das Nahrungsmittel hat.

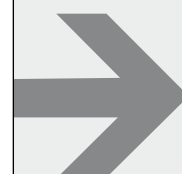
Bei Nutri-Score werden negative und positive Bestandteile eines Produktes mit Punkten bewertet – jeweils für 100 Gramm. Hier fließen der Anteil an Zucker, Fett, Salz und Kalorien ein, aber auch empfehlenswerte Zutaten, etwa Proteine oder Ballaststoffe.

Die geltende EU-Verordnung hingegen schreibt kompliziert zu lesende Nährwertangaben pro 100 Gramm im Vergleich zum Tagesbedarf durchschnittlicher Erwachsener vor und erlaubt darüber hinaus nur Empfehlungen weiterer Labels.

Mit der Entscheidung für eine einzige Kennzeichnung innerhalb der EU solle die Verwirrung europäischer VerbraucherInnen durch eine Vielzahl verschiedener Sys-

Nachhaltigkeit

A-Z



S wie Strategien

Was müssen Gebäude, Quartiere und Städte können, um zukunftsfest zu sein – um Schäden klein und Werte groß zu halten? Das ist nicht nur für die Immobilienwirtschaft wichtig, sondern auch für alle Organisationen, Unternehmen und Institutionen, die sich um Pflege und Erhalt von Bauten, Anlagen und Infrastrukturen kümmern. Hier werden sie fündig!

W. H. Serbser, C. Serbser (Hrsg.)

Pflegt der Stadt Bestes

Betriebsunterhalt als Strategie zum nachhaltigen Erhalt unserer Städte und Gemeinden
210 Seiten, broschiert, 22,- Euro,
ISBN 978-3-96238-113-4

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

teme beendet und die Gesundheit besser geschützt werden.

Hinter der EBI stehen sieben europäische Verbraucherorganisationen, darunter der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Er setzt sich bereits auf nationaler Ebene für eine einheitliche, farbliche Kennzeichnung auf der Produktvorderseite ein. [mbu]

- ▶ Zur EBI Pro-Nutriscore: <https://eci.ec.europa.eu/009/public/#/initiative>
- ▶ Vzbv zur EBI Pro-Nutriscore: www.vzbv.de/pressemitteilung/europaeische-buergerinitiative-fordert-nutri-score

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarpolitik

Was leistet die GAP für den Klimaschutz?

■ Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft gehen nur wenig zurück. Schuld daran seien vor allem die Direktzahlungen, die eine Zunahme der Tierbestände nach sich ziehen: Das ist ein Hauptergebnis einer Studie der EU-Kommission über den Klimaschutzbeitrag der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).

Der NABU spekuliert, dass die Ergebnisse der Studie in einer Schublade verschwunden waren, weil sie einige unbequeme Wahrheiten ans Licht bringt. Dazu zählen laut den AutorInnen der Studie unter anderem: Die GAP berücksichtige nicht ausreichend die Notwendigkeit, den Treibhausgasausstoß aus der Landwirtschaft, egal ob in der Tierhaltung oder beim Ackerbau, zu reduzieren. Zwar gebe es das generelle Ziel, zum Klimaschutz beizutragen, aber es fehlten messbare Zielmarken.

Die an die Produktion gekoppelten Direktzahlungen leisteten einen aktiven Beitrag zur Erhöhung von Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft, weil das Geld oft direkt in die Tierhaltung fließt, und die Viehbestände erhöht würden.

Positiv heben die VerfasserInnen der Studie hervor, dass die GAP über Maßnahmen,

die den Humusaufbau im Boden fördern, einen wesentlichen Beitrag zum Schutz des Klimas leistet. Hier sind vor allem die ökologischen Vorrangflächen sowie der Schutz von sensitivem Dauergrünland, wo Pflügen verboten ist, zu nennen.

Unter anderem empfehlen die ExpertInnen der Studie, ein stärkeres Augenmerk auf die Tierhaltung zu legen, die bisher nicht gezielt von GAP-Maßnahmen betroffen ist. Zudem müssten die nationalen Strategiepläne zeigen, wie sie konkret zur Treibhausgassenkung und Anpassung des Sektors an den Klimawandel beitragen.[mbu]

- ▶ Studie über den Beitrag der GAP zum Klimaschutz (PDF): www.kurzlink.de/eu-gap-klima-studie
- ▶ NABU-GAP-Ticker vom 31.5.2019: www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/nabu-gap-ticker-2019-05-31/

EU-Agrarsubventionen

Großbetriebe profitieren

■ Ende Mai hat die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung online veröffentlicht, wer in Deutschland für das Jahr 2018 wie viel Geld aus dem milliarden-schweren EU-Agrarbudget erhalten hat.

Unter den Top-Empfängern der über sechs Milliarden Euro, die hierzulande ausgezahlt wurden, befindet sich etwa eine große Agrargesellschaft in Thüringen, die allein 1,9 Millionen Euro kassierte. Sie bewirtschaftet nach eigenen Angaben mehr als 5.000 Hektar Land. Zum Vergleich: Ein deutscher Durchschnittsbetrieb verfügt laut Statistischem Bundesamt über 62 Hektar. Für kleine bäuerliche Betriebe sind die Zuschüsse für die großen Agrarunternehmen ein Problem. Sie können bei dem Preisdruck nicht mithalten und geben reihenweise auf.

Dass die Direktzahlungen nach wie vor an die Fläche gebunden sind, kritisieren Umweltverbände seit Langem. Nicht wer viel Wiesen und Äcker hat, sollte demnach das meiste Fördergeld bekommen, sondern diejenigen, die Leistungen für das Gemeinwohl erbringen und etwa öffentliche Güter wie Wasser, Boden, Artenvielfalt und das Klima schützen.

So forderte Greenpeace, bei der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik in den kommenden Monaten eine echte Agrarwende einzuleiten. Dazu gehöre, dass das Agrarbudget Anreize für eine umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft schaffe. [mbu]

- ▶ Empfänger EU-Agrarsubventionen – Datenbank BLE: www.agrar-fischerei-zahlungen.de/Suche
- ▶ Greenpeace zu EU-Agrarsubventionen: www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft

Biodiversität und Landwirtschaft

Rechnungshof: Was tut die GAP für den Artenschutz?

■ Der Europäische Rechnungshof (ECA) prüft derzeit, inwiefern die EU-Agrarpolitik zum Schutz der Biodiversität beiträgt. Ende Mai legte die Kontrollbehörde einen ersten Zwischenbericht vor.

Vor dem Internationalen Tag der Artenvielfalt am 22. Mai veröffentlichte der ECA eine sogenannte Prüfungsvorschau. Darin macht der Rechnungshof die Abhängigkeit von landwirtschaftlichen Erzeugnissen von der Artenvielfalt und funktionierenden Ökosystemen deutlich. Das umfasst nach Ansicht des Hofes seltene Saatgutsorten und Tierrassen, viele Organismen wie Bodenlebewesen, Wildkräuter, Schädlinge, Räuber und alle einheimischen Pflanzen und Tiere, die dauerhaft oder zeitweise auf dem Gebiet eines landwirtschaftlichen Betriebs anzutreffen sind. Auch warnt der ECA in der Vorschau, dass die Biodiversität in der EU einen kontinuierlichen starken Rückgang verzeichnet, der insbesondere auf landwirtschaftliche Tätigkeiten zurückzuführen ist.

Ziel der laufenden Prüfung ist es zu bewerten, welchen Beitrag die EU-Agrarpolitik im Zeitraum 2014–2020 zur Erhaltung und Verbesserung der Biodiversität bis 2020 geleistet hat. Von besonderem Interesse für die PrüferInnen ist die Frage, ob die EU-Biodiversitätsstrategie, die 2011 verabschiedet wurde, und der Rechtsrahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gut konzipiert wurden und wie sie ineinandergreifen.

Auch soll untersucht werden, ob die EU-Kommission und die EU-Mitgliedstaaten für einen besseren Beitrag der Landwirtschaft zum Schutz der Biodiversität gesorgt haben. Zudem will der Hof klären, ob die Kommission auf relevante, zuverlässige und aktuelle Informationen und Daten zurückgegriffen hat, um den Zustand der Biodiversität in der Landwirtschaft zu überwachen und zu bewerten.

Im Rahmen der ECA-Prüfung werden Deutschland, Irland, Polen, Zypern und Rumänien besucht. Der Prüfungsbericht wird nach Aussage des ECA voraussichtlich Mitte 2020 veröffentlicht. [aw]

- ▶ ECA: www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/inap19_09/inap_biodiversity_de.pdf
- ▶ ECA-Prüfungsvorschau (engl.): www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/AP19_09/AP_BIODIVERSITY_EN.pdf

Genpflanzen

Viele Zulassungen befürchtet

■ Die amtierende EU-Kommission kann noch bis zu ihrer Ablösung umstrittene genmodifizierte Pflanzen für den Anbau und den Import genehmigen. Mehr als 40 Verbände appellierten an den EU-Gesundheitskommissar, dies bis zum Ende der

Amtsdauer auszusetzen. In einem offenen Brief an den scheidenden EU-Kommissar Vytenis Andriukaitis weisen die unterzeichnenden Organisationen, darunter der Deutsche Naturschutzring, darauf hin, dass zwölf Genpflanzen, etwa Mais, Baumwolle und Sojabohnen, kurz vor der Zulassung stehen.

Nach Angaben des Instituts für unabhängige Folgenabschätzung in der Biotechnologie Testbiotech dürfen derzeit fast 70 Gentechnikpflanzen nach Europa importiert und in Lebens- und Futtermitteln verwendet werden. Über 40 Organisationen aus den Bereichen Wissenschaft, Umweltschutz, Lobbykontrolle, Lebensmittelproduktion und Landwirtschaft befürchten nun, dass „die alte EU-Kommission noch unbemerkt unangenehme Themen abräumt“, wie Benny Haerlin von Save Our Seeds sagte.

Mindestens zwölf Zulassungsanträge für genveränderte Pflanzen sind laut Testbiotech von der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) bereits geprüft. Darunter sind Maisvarianten, die bis zu sechs Insektengifte produzieren. Die Wechselwirkungen der verschiedenen Giftstoffe und deren Folgen für die Lebensmittelsicherheit seien aber nicht untersucht worden, warnen die VerfasserInnen des offenen Briefs.

Für drei Genmaismodifikationen, die Insektengifte hervorbringen, soll sogar der Anbau erlaubt werden. Darunter ist der in Spanien bereits kultivierte Mais

MON 810, dessen Zulassung verlängert werden soll. [mbu]

- ▶ Offener Brief (PDF): www.kurzlink.de/genpflanzen-warn0519

Neue Gentechnik

Versprechen, Risiken und Zulassungspraxis

■ Ist Gentechnik Fluch oder Segen? Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände fordern eine starke Regulierung der riskanten Technik und keine vorschnellen Zulassungen. Der neue Steckbrief des DNR liefert Hintergrundinformationen zur aktuellen Debatte.

Die neue Gentechnik liefert viele Versprechen: Sie soll die Welternährung sichern, den Klimawandel bekämpfen und Pestizideinsatz reduzieren. Viele Verbände warnen jedoch davor, neue Gentechnik-Verfahren nicht zu regulieren und lehnen die gentechnische Veränderung von Organismen ab. Warum das so ist, was Neue überhaupt von alter Gentechnik unterscheidet, wie die EU Genome-Editing-Verfahren wie CRISPR derzeit reguliert und was der Europäische Gerichtshof dazu sagt, lesen Sie im Steckbrief.

Ganzheitlich vorsorgen

Das chinesische Medizinkonzept des Yang Sheng basiert auf Ganzheitlichkeit und Vorsorge. Anhand zahlreicher Rezepte, Akupressur-Anleitungen und Bewegungsübungen wird dessen Umsetzung anschaulich vermittelt – für mehr Gesundheit, Vitalität und Lebensfreude.

Johannes Bernot, Andrea Hellwig, Claudia Nichterl
Gesund leben mit Chinesischer Medizin
 Ganzheitlich vorsorgen und Beschwerden lindern



oekom verlag, München
 ca. 224 Seiten, Klappenbroschur, komplett vierfarbig, 18,- Euro
 ISBN: 978-3-96238-102-8
 Erscheinungstermin: 18.03.2019
 Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



Außerdem werden die vielen Versprechen der neuen Gentechnik genauer unter die Lupe genommen: Halten die Techniken, was Biotechnologieunternehmen, Agroindustrie und Teile der Forschung versprochen haben? Und können Risiken überhaupt erkannt werden, wenn sie weder geprüft noch überwacht werden sollen? Denn sowohl die alte als auch die neue Gentechnik stellen eine Gefahr für die biologische Vielfalt dar, indem sich Gempflanzen unkontrolliert ausbreiten, Monokulturen gefördert und natürliche Populationen gänzlich ausgerottet werden. [id/km]

- Steckbrief neue Gentechnik:
www.kurzlink.de/dnr-neue-gentech2019

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Internationaler Artenschutz

Neuer Termin für Staatentreffen steht

■ Es gibt einen neuen Termin für die auch als Washingtoner Artenschutzabkommen bekannte CITES-Konvention (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora). Die ursprünglich für Ende Mai in Colombo, Sri Lanka, geplante 18. Vertragsstaatenkonferenz war aufgrund der vorangegangenen Terroranschläge verschoben worden und findet nun vom 17.–28. August in Genf statt. Mit voraussichtlich 107 Arbeitsdokumenten und 56 Listungsanträgen ist die Konferenz laut der Organisation Pro Wildlife die bislang größte ihrer Art.

Ein Bündnis deutscher Umweltverbände – darunter der Deutsche Naturschutzring – hatte Ende Mai die Bundesregierung aufgefordert, sich national und auf EU-Ebene für den besseren Schutz von Giraffen durch die Aufnahme in Anhang II von CITES einzusetzen, um den bisher unkontrollierten Handel international zu regulieren. Zu dieser Art habe die EU bisher keine Einigung erzielen können.

Im Februar dieses Jahres waren bereits vereinbarte Regelungen zum Schutz von Nashörnern und Elefanten auf EU-Ebene umgesetzt worden (Verordnung EU 2919/220). Im März hatte die EU-Kommission einen Vorschlag für eine EU-Positionierung der 18. Vertragsstaatenkonferenz vorgelegt. [jg]

- www.dnr.de/index.php?id=13507
- www.cites.org

EU-Biodiversitätsschutz

Note ungenügend

■ Die EU-eigene Biodiversitätsstrategie ist „größtenteils gescheitert“, glaubt man dem Fortschrittsbericht der Naturschutzorganisation BirdLife Europe von Ende Mai. Der Verband hat die Aktivitäten der EU zur Bekämpfung des Artenschwunds von 2011–2018 unter die Lupe genommen, das Ergebnis ist ernüchternd.

Bei mehr als der Hälfte der 37 vereinbarten Maßnahmen – vor allem bei den Rechtsvorschriften – sei kein ausreichender Fortschritt zu verzeichnen, die Lage der Biodiversität in den landwirtschaftlichen Waldökosystemen habe sich seit 2010 verschlechtert. Wenn Ressorts außerhalb der Umweltministerien gefragt sind, wie bei der Reform der natur- und klimaschädlichen Agrarpolitik, versagten die EU-Staaten auf ganzer Linie. Das lässt, so das Fazit von BirdLife, auf einen Mangel an politischem Engagement schließen. [jg]

- BirdLifeReport (PDF, englisch):
www.kurzlink.de/biodiv-strat2011ff
- NABU: www.kurzlink.de/nabu-2019-05-23

Waldschutzumfrage

Strengere Gesetze gewünscht

■ „Die VerbraucherInnen wollen keine Komplizen beim Abholzen der Wälder mehr sein“ – das ist ein Ergebnis der Umfrage von Umweltverbänden zum Waldschutz von Ende Mai. 87 Prozent der Befragten aus 25 EU-Ländern befürworten

bessere Gesetze zum Schutz der Wälder. Neun von zehn Befragten sagten, ihnen lägen die Wälder sehr am Herzen, und dass Abholzung schädlich für Menschen und Tierwelt sei.

Die Mehrheit der über 20.000 befragten EU-BürgerInnen meint, dass weder ihre nationalen Regierungen (69 Prozent) noch die EU (61 Prozent) genug tun, um die globale Entwaldung zu bekämpfen. Zwar seien einige Regierungen schon aktiv in dieser Richtung, die Lösung müsse aber eine EU-weite Regelung sein, damit global operierende Unternehmen nicht in andere EU-Länder ausweichen könnten, schlussfolgerten die Umweltverbände, die die Umfrage in Auftrag gegeben hatten.

Die EU hat sich das Ziel gesetzt, die weltweite Entwaldung bis 2020 zu stoppen. Ein von der EU-Kommission angekündigter Aktionsplan steht noch aus. Die Umfrage hatten die Umweltforschungsagentur, FERN, Greenpeace und der WWF in Auftrag gegeben. [jg]

- www.kurzlink.de/poll2019-05

Leitlinien Vernetzung Wasser–Land

Grüne und blaue Infrastruktur

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni Leitlinien vorgelegt, wie ökologisch wertvolle Gebiete zu Lande und zu Wasser besser vernetzt werden können. Das Dokument ist Teil des Aktionsplans für Menschen, Natur und Wirtschaft von 2017.

Der politische Ansatz für grüne und blaue Infrastrukturplanung muss ein strategischer sein, um die Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen und damit den Mehrwert der EU zu maximieren und dabei das Natura-2000-Netz als Rückgrat nutzen. Der Biodiversitätsschutz und die Verbindung einzelner isolierter Gebiete sollen zudem in alle Politikbereiche und nicht zuletzt in den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021–2027 integriert werden. Die Leitlinien enthalten außerdem Fallstudien (unter anderem europäisches Grünes Band und Emscher Landschaftspark), mögliche Finanzierungsinstrumenten- ►

„Jetzt eine CO₂-Abgabe einführen – die Politik hat lange genug innegehalten“

Vor der EU-Wahl Ende Mai haben die Alpenvereine in Südtirol, Österreich und Deutschland eine gemeinsame europäische Lösung für eine Wende in der Alpenpolitik gefordert. Dabei ging es um sanften Tourismus, Grenzen für die Bebauung, Wasserschutz und um umweltverträglichen Verkehr. Besonderes Augenmerk gilt der alpinen Wasserkraft, findet Rudolf Erlacher.

Die Kampagne #unserealpen geht weiter. Welches politische Thema muss jetzt am dringendsten aus der Gletscherspalte gezogen werden?

Solange es noch Gletscherspalten gibt, sind die Klimakrise und politisches Handeln weiterhin ganz oben auf der Agenda: Alles, was jetzt nicht passiert, trifft die Alpen doppelt, etwa durch den überproportionalen Temperaturanstieg, der zum Verschwinden von Gletscher, Permafrost und der Ressource Wasserkraft führt. Je später wirksame Maßnahmen gegen die Ursache der Klimakrise, das Deponieren von CO₂ in der Atmosphäre, ergriffen werden, desto radikaler wird der Zugriff auf diese Ressource werden. Also jetzt eine Abgabe auf CO₂ gesetzlich einführen und nicht mehr lange fackeln! Die soziale Flankierung muss und kann gewährleistet werden.

Was ist aus Ihrer Sicht eines der größten Probleme, mit denen die alpine Landschaft konfrontiert ist?

Beispielhaft, neu, aber nicht unerwartet: Ein großes Skigebiet in Tirol bewirbt jetzt für den Sommer im großen Stil alpine Seenwanderungen entlang ihrer hoch gelegenen Speicherbecken, gebaut für die Versorgung der Schneekanonen im Winter: *Entspannen Sie am erfrischenden Hornköpfsee* ... Den „See“ auf 1.711 Meter Höhe gibt es seit knapp zwei Jahren, ein echtes alpines Original ... Das Zauberwort, wenn man die Vorstellungen der Menschen in ein neues Korsett zwängen will, heißt heute Framing. Im alpinen Raum erleben wir gerade ein Framing in folgende Richtung: Künstliche, modellierte Alpenlandschaften, so wie sie in den Großskigebieten angelegt werden, sind schön, sind so eine Art alpine Ideallandschaft. Die Zeitschrift *Bergwelten* (Hg. Red-Bull-Media-House) hat 2015 auf einer Titelseite einen Testballon steigen lassen. Da schweift der Blick über den tief im Kar eingelassenen Seekarsee zu hintereinandergestaffelten Gebirgsrücken, auf denen Seilbahnstationen zu sehen sind: eine modellierte Kunstlandschaft! Der Seekarsee ist mit 450.000 Kubikmeter Fassungsvermögen eines der größten künstlichen Speicherbecken der Alpen. Hier werden ästhetische Referenzen umtrainiert, um künstliche Alpenlandschaften als schön wahrzunehmen – auch eine Art Absicherung der Touristenorte für die Zukunft, wenn der Schnee ganz ausbleibt, aber die Speicherbecken immer noch funktionieren sollen.

Sie gehören beratend dem Alpinen Klimabeirat der Alpenkonvention an. Der Beirat hat Ende Mai als Hauptziel, „Klimaneutrale Alpen bis 2050“ beschlossen. Wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Die im Kampf gegen die Klimakrise nicht eingehaltenen Ziele der letzten Jahre und Jahrzehnte stimmen einen bei so groß formulierten Beschlüssen wie „Klimaneutrale Alpen bis 2050“ eher vorsichtig. Natürlich diktiert uns das im Hinblick auf das angestrebte 1,5- beziehungsweise 2-Grad-Ziel beschränkte CO₂-Budget solche Vorsätze. In der vom Ständigen Sekretariat der Alpenkonvention im April ins Netz gestellten Broschüre mit dem schönen Untertitel, „Alpines Klimazielsystem 2050“ heißt es: „Das Potenzial erneuerbarer Energien zur Deckung des Bedarfs an Strom, Heizung und Mobilität wird im Alpenraum voll ausgeschöpft.“ Im Fadenkreuz steht da zweifelsfrei die alpine Wasserkraft. Im „Zielsystem Verkehr“ formuliert man wesentlich weniger vollmundig, da begnügt man sich mit „geringerer Autoabhängigkeit“. Alle wünschen sich, dass diese Ziele erreicht werden – wenn aber im „Zielsystem“ der Begriff „Naturschutz“ nur einmal, und dann an marginaler Stelle vorkommt, dann stimmt einen das nicht nur vorsichtig, sondern auch skeptisch bezüglich der Methode.

Der Alpenverein feiert dieses Jahr sein 150-jähriges Jubiläum. Welche Höhepunkte oder hohen Gipfelbesteigungen stehen in den kommenden Monaten an?

Rund um den Gründungstag am 9. Mai haben wir groß gefeiert und unsere Jubiläumsausstellung „Die Berge und wir“ im Alpinen Museum eröffnet. Besonders stolz bin ich auch auf eine hochkarätig besetzte Diskussions- und Vortragsrunde in Kooperation mit der Bayerischen Akademie der Wissenschaften unter dem Titel „Die Alpen, der gefährdete Traum“. Die Vorträge können alle auch online verfolgt und nachgehört werden. Mit einem besonderen Gratulanten, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, war der Deutsche Alpenverein Ende Mai im Spitzingseegebiet wandern. Einen Parlamentarischen Abend in Berlin haben wir genutzt, um die Berliner Politik mit einer Liveschaltung auf den Mittelbergferner in Österreich auf die Problematik von Erschließung und Klimawandel aufmerksam zu machen. Und die nächste große Feierlichkeit

im Jubiläumsjahr werden der Festakt und die Gala im Rahmen der Hauptversammlung Ende Oktober sein. Wahrliche Gipfelbesteigungen wird der Expeditionskamerader der Damen bei der Abschlussexpedition im Herbst absolvieren – die Expedition führt in den Himalaja.

Was erwartet die Besucherinnen und Besucher bei der Ausstellung „Die Berge und wir“?

Die Jubiläumsausstellung „Die Berge und wir“ im Alpinen Museum auf der Praterinsel in München erzählt von der Freude am Entdecken der Bergwelt, der Suche nach einem intensiven Leben, dem Versprechen von Freiheit und Genuss, dem Kampf um unerschlossene Landschaften, der Verlagerung des Bergsports in die Stadt sowie den Versuchen, heute unserer digitalisierten Gesellschaft gerecht zu werden. Die Objekte, Bilder und Dokumente stammen größtenteils aus den Sammlungen der Alpenvereine, seiner Sektionen und Mitglieder. Viele von ihnen werden erstmals der Öffentlichkeit präsentiert und ermöglichen einen neuen Blick darauf, wie sich der Alpenverein entwickelte und sich das Interesse an den Bergen und dem In-die-Berge-Gehen verschob. Für alle, die nicht nach München kommen können, gibt es einen virtuellen Ausflug in 150 Jahre Historie des größten Bergsportverbands der Welt unter alpenverein.de/geschichte.

Welchem Politiker wünschen Sie einen schönen einsamen Sommer auf einer Alm zum Innehalten?

Politiker und Politikerinnen, die Verantwortung für Klima- und Naturschutzthemen tragen, sollten jetzt keine Pause machen – innegehalten hat die Politik lange genug!

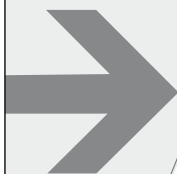
[Interview: Marion Busch]

Rudolf Erlacher ist Vizepräsident des Deutschen Alpenvereins.
Kontakt:
E-Mail: erlacher@alpenverein.de,
www.alpenverein.de



Nachhaltigkeit

A-Z



Wie Industriegesellschaft

In Vergangenheit wie Gegenwart analysiert Jörg Schmidt die Phänomene Haushalten, Ernährung, Landbewirtschaftung, Geräteherstellung, Bauen sowie die Nutzung mineralischer Ressourcen. Neben den gewaltigen Effizienzfortschritten treten die Irrwege der Moderne deutlich zutage. So gelingt ein neuer und tief gehender Blick auf die heutige Krise der Industriegesellschaften und mögliche Alternativen.

J. Schmidt

Zwischen Notwendigkeit und Selbstverwirklichung

Arbeit und Umwelt in der Geschichte des Menschen

400 Seiten, broschiert, 36,- Euro,
ISBN 978-3-96238-115-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

te, Wissenschaftstools, Definitionen sowie Kriterien für potenzielle Infrastrukturprojekte. [jg]

► Leitlinien: <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-9762-2019-INIT/en/pdf>

Wolfsmanagement

Herdenschutz funktioniert: Elf Verbände sind einig

■ Ein Bündnis aus elf Organisationen der Landwirtschaft und Nutztierhaltung, des Natur- und Tierschutzes sowie der Jagd hat Mitte Juni gemeinsame Empfehlungen für einen bundeseinheitlichen Herdenschutz und Kriterien zur Tötung von auffälligen Wölfen vorgelegt. Die Verbände kritisierten fehlende Rechtssicherheit und den Mangel an bundesweiten Standards sowie fehlende kostendeckende Unterstützung für Weidetierhalter. Politik und Gesellschaft dürften, so die einhellige Forderung, die ökologisch wertvolle Weidetierhaltung und die ebenfalls ökologisch wertvolle Rückkehr des Wolfes nicht gegeneinander ausspielen und die Lasten allein den Tierhaltern zumuten.

Die geplante Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes (www.bmu.de/wolf) sei im Gegensatz zu den vorgelegten Empfehlungen nicht zielführend. Tötungen von auffälligen Wölfen müssten das letzte Mittel im Einzelfall bleiben. An einem guten Herdenschutz führe kein Weg vorbei. [jg]

► www.nabu.de/herdenschutz-papier

30 Jahre Grünes Band

Komplettschutz gefordert

■ Zum Auftakt des Jubiläumsjahres „30 Jahre Grünes Band – 30 Jahre Öffnung des Eisernen Vorhangs“ im Mai hat der BUND gefordert, das Grüne Band als größten Biotopverbund Deutschlands komplett unter Schutz zu stellen. Der Lebensraumverbund entlang der ehemaligen innerdeutschen Grenze sei eine „Schatzkammer der Ar-

tenvielfalt, die über 1.200 gefährdeten Tier- und Pflanzenspezies ein Refugium bietet“. Die zuständigen Bundesländer müssten dem Beispiel von Thüringen folgen und das Grüne Band ebenfalls zum Nationalen Naturmonument ernennen.

Doch das Grüne Band ist seit Langem auch ein europäisches Schutzprojekt. Beispielsweise fördert die Deutsche Bundesstiftung Umwelt mit 125.000 Euro das „Grüne Band Balkan“, ein Projekt von EuroNatur, das dem Schutz eines „Hotspots europäischer Artenvielfalt“ dient. [jg]

► www.bund.net/themen/gruenes-band/30-jahre/
► www.euronatur.org/unsere-themen/kampagnen-und-initiativen/gruenes-band-europa/

Leitlinien Insektenlebensräume

Insektenschutz publik

■ Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat seine Leitlinien aktualisiert, wie die einheimischen Insekten geschützt und deren Lebensräume gestärkt werden können. [jg]

► www.lpv.de/publikationen

Biozidportal

Es gibt Alternativen zum Gift

■ Das umfassend überarbeitete Biozidportal des Umweltbundesamtes gibt Tipps zu biozidfreier Schädlingsbekämpfung. Es zeigt Methoden, um unerwünschten Nagetieren oder Insekten Herr zu werden. [jg]

► www.biozid.info

Insektenommer

Zweite Runde im August

■ Der NABU wertet wieder bundesweit die Daten der von BürgerInnen beobachteten Insekten aus. Vom 2. bis 11. August sind die „Kernarten“ unter anderem

Ackerhummel, Blaue Holzbiene, Blaugrüne Mosaikjungfer, Kleiner Fuchs und Streifenwanze. Grundsätzlich sollen aber alle während einer Stunde gefundenen Insektenarten gemeldet werden. [jg]

► www.nabu.de/insektenommer

Neufassung TA Luft

Verbände: Biotopschutz nicht unterlaufen!

■ Mitte Mai hat ein Verbändebündnis eine Stellungnahme zur Neufassung der Technischen Anleitung (TA) Luft eingereicht. Darin werden die Gesetzgeber aufgefordert, der Novelle in ihrer jetzigen Form nicht zuzustimmen. Denn im Vorschlag wird eine sogenannte „Irrelevanzschwelle“ von 3,5 Kilogramm Stickstoff pro Jahr und Hektar festgeschrieben, die dann auch für empfindliche Gebiete gelten würde. Zu hohe Stickstoffeinträge seien eine der Hauptursachen für das Artensterben und bereits die ohnehin vorhandene Hintergrundbelastung mit Stickstoff sei eine Gefahr für naturnahe, stickstoffarme Standorte. Ende des Jahres soll das Bundeskabinett die Novelle beschließen, auch der Bundesrat ist beteiligt. Die Stellungnahme wird von NABU, BUND, Germanwatch sowie dem Dachverband Deutscher Naturschutzring getragen. [jg]

► Informationen: Ilka Dege, DNR, Tel. +49 (0)30 / 6781775-917, E-Mail: ilka.dege@dnr.de

TIERSCHUTZ & ETHIK

Kükentötung

Vorerst weiter erlaubt

■ Das Bundesverwaltungsgericht Leipzig hat Mitte Juni geurteilt, dass die Tötung männlicher Eintagsküken nicht mit dem Tierschutzgesetz und dem Staatsziel Tierschutz vereinbar ist. Rein wirtschaftliche

Gründe seien nach heutigem Stand kein „vernünftiger Grund“, wie ihn das Tierschutzgesetz fordert. Im Ergebnis bestätigt das Gericht aber die vorinstanzlichen Urteile, die den nordrhein-westfälischen Erlass gegen die Tötung männlicher Eintagsküken als rechtswidrig angesehen hatten. Deswegen geht das Kükentöten zunächst einmal weiter, da den Brütereien eine sofortige Umstellung nicht zugemutet werden könne, begründeten die Richter.

Dass wirtschaftliche Gründe kein „vernünftiger Grund“ mehr sein dürfen, männliche Küken zu töten, bewertete der Deutsche Tierschutzbund als positiv. Präsident Thomas Schröder kritisierte allerdings vor allem, dass das Gericht keine Frist festlegte, ab wann die Tötung verboten sein sollte. [mbu]

► www.tierschutzbund.de

Wildtiere in Zirkussen

Für gemeinsames Vorgehen

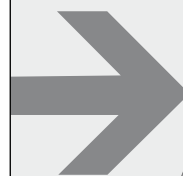
■ Tier- und Artenschutzverbände haben im Mai gefordert, frühzeitig miteingebunden zu werden, wenn es um ein Konzept zum Halungsverbot bestimmter Wildtierarten geht. In einem offenen Brief an Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner lobten der Deutsche Tierschutzbund, Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), Pro Wildlife, Bundesverband Tierschutz, NABU, Vier Pfoten und das Vogelschutz-Komitee gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring eine entsprechende Ankündigung Klöckners. Dieser Vorstoß sei allerdings „längst überfällig“, heißt es in dem Brief.

Die Verbände mahnen an, auch die Tierschutzbeauftragten der Länder in die Prüfung eines Wildtierverbots einzubeziehen, da diese „mit den in der Praxis auftretenden Problemen der Wildtierhaltung in Zirkussen“ vertraut seien. Zudem müsse ein neu gefasstes Gutachten über Mindeststandards bei der Haltung von Säugetieren auch auf Zirkustiere angewendet werden. [mbu]

► Offener Brief: www.dnr.de/fileadmin/Positionen/20190524-Zirkus-Wildtierverbot-Brief-BMEL.pdf

Nachhaltigkeit

A-Z



Ö

wie Ökosozial

Zufriedenheit und Glück stehen derzeit (noch) nicht an erster Stelle, wenn es darum geht, Ziele für Nachhaltigkeit zu formulieren. Hier setzt das Konzept des Ökosozialen Regionalismus an und folgt damit Ansätzen wie dem Bruttonationalglück des Königreichs Bhutan oder dem südamerikanischen »Buen vivir«. Ein starkes Plädoyer für ein Zusammenwachsen der regionalen Nachhaltigkeitsbewegungen.

S. Krikler

Ökosozialer Regionalismus

Eine neue globale Entwicklungsphilosophie als Nachhaltigkeitsperspektive
132 Seiten, broschiert, 29,- Euro,
ISBN 978-3-96238-114-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Europäisches Semester**Deutschland soll investieren**

■ Die EU-Kommission hat im Juni Deutschland aufgefordert, mehr in die Verkehrsinfrastruktur und in klimafreundliche Mobilität zu investieren. Schließlich sei der Treibhausgasausstoß im Straßenverkehr in den zurückliegenden fünf Jahren kontinuierlich angestiegen. Auch die Luftqualität in Deutschland „gibt Anlass zu ernsthafter Sorge“. Die Situation sei in städtischen Gebieten besonders schlimm. Dort würden rund 60 Prozent der schädlichen Stickoxidemissionen durch den Straßenverkehr verursacht.

Außerdem fordert Brüssel Deutschland auf, in den Ausbau der Übertragungs- und Verteilungsnetze zu investieren. Der Ausbau gehe zu langsam voran. Bis zum zweiten Quartal 2018 waren nur etwa 800 Kilometer der im Energieleitungsausbaugesetz von 2009 vorgesehenen 1.800 Kilometer Netzprojekte realisiert. Mit Blick auf die Energie- und Klimaziele müsse Deutschland in Energienetze investieren, die die Sektorenkopplung, die Diversifizierung und eine angemessene Netzinfrastruktur fördern.

Das sogenannte Europäische Semester gibt es seit 2010. Die EU-Länder sollen in diesem Rahmen ihre Wirtschaftspolitik besser koordinieren. [aw]

- Empfehlungen an Deutschland: www.kurzlink.de/kom-de-050619
- Mitteilung der EU-Kommission: www.kurzlink.de/kom-spezemp-050619

EU-Langfristhaushalt**Einigung bis Herbst?**

■ Im Juni hat die EU-Kommission die Staats- und Regierungschefs in einer Mitteilung aufgefordert, die Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021–2027 zu beschleunigen. Dazu solle der Europäische Rat einen Fahrplan er-

arbeiten, auf dessen Grundlage bis zum Herbst eine Einigung über den Gesamtrahmen des MFR erzielt werden soll.

In der Mitteilung berichtet die Kommission auch über den aktuellen Stand der Verhandlungen und wirft Fragen auf, deren Beantwortung wichtig sei, um eine schnelle Einigung zu erzielen. Denn „die Zeit läuft, und wenn es beim künftigen EU-Haushalt zu Verzögerungen kommt, so kostet dies viel Geld“. Brüssel warnte, dass Verzögerungen „zulasten der Studierenden, Landwirte, Forscher und anderer Empfänger von Mitteln aus dem EU-Haushalt“ gingen. Der laufende MFR für den Zeitraum 2014–2020 wurde mit sechs Monaten Verspätung angenommen, was negative Folgen für viele Menschen hatte. Der neue MFR soll ab 1. Januar 2021 in Kraft treten. [aw]

- Mitteilung: www.kurzlink.de/kom-mfr-130619

Nachhaltigkeitsberichterstattung**Brüsseler Lücken**

■ Der Europäische Rechnungshof (ECA) hat die EU-Kommission für ihre Berichterstattung in Sachen Nachhaltigkeit kritisiert. Es werde nicht deutlich, wie der EU-Haushalt und die Politikbereiche zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele beitragen.

Laut der Analyse „Nachhaltigkeitsberichterstattung: eine Bestandsaufnahme bei den Organen, Einrichtungen und Agenturen der EU“ sind „die Voraussetzungen für eine aussagekräftige Nachhaltigkeitsberichterstattung auf EU-Ebene weitgehend noch nicht vorhanden“. Die PrüferInnen empfehlen, dass die EU rasch eine Strategie für die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung erarbeite. Zudem müssen Nachhaltigkeit und die Sustainable Development Goals (SDGs) in den EU-Haushalt und die Leistungspläne einbezogen werden. Darüber hinaus müsse die Nachhaltigkeitsberichterstattung in allen EU-Organen, Einrichtungen und Agenturen der EU vorangetrieben werden. Nicht zuletzt sei die Berichterstattung einer Prüfung zu unterziehen, um die Glaubwürdigkeit zu erhöhen.

Im Januar dieses Jahres hatte die EU-Kommission ein Reflexionspapier veröffentlicht, das in drei Szenarien darlegt, wie die EU die SDGs am besten umsetzen kann. [aw]

- www.kurzlink.de/eca-sdgs-120619

7. Umweltaktionsprogramm**Positive Auswertung**

■ Die EU-Kommission hat im Mai in einer Evaluation des laufenden 7. Umweltaktionsprogramms (UAP) ein positives Resümee gezogen. Dabei hebt sie hervor, dass das Programm ein wichtiges Steuerungsinstrument für die Umweltpolitik in der EU ist. Auch habe das UAP dazu beigetragen, seitens der EU bei internationalen Umweltverhandlungen mit einer Stimme zu sprechen. Zudem ist die Kommission der Ansicht, dass das Programm einen Beitrag zu einem wichtigen Wandel in der Politikgestaltung geleistet hat.

Gleichwohl räumt die Kommission ein, dass es mit Blick auf die Ziele des 7. UAPs noch Luft nach oben gibt. Zwar könnten Fortschritte verzeichnet werden. Diese konzentrierten sich aber auf den prioritären Bereich einer CO₂-armen Wirtschaft. Weniger gut sieht es beim Schutz des Naturkapitals und bei Umwelt und Gesundheit aus. Auch wurden bestimmte Maßnahmen bisher nicht umgesetzt, etwa die Strategie für eine giffreie Umwelt. Die Umsetzung hätte überdies durch eine regelmäßige Berichterstattung und einen Überwachungsmechanismus verbessert werden können. [aw]

- www.ec.europa.eu/environment/action-programme/evaluation.htm

Komitologie**Demokratisch fragwürdig**

■ Eine im Auftrag der Grünen/EFA-Fraktion im EU-Parlament erstellte Studie legt offen, wie im sogenannten Komitologieverfahren mehr als 25.000 ExpertInnen in

800 Ausschüssen in zahlreichen Politikbereichen politische Entscheidungen treffen. Das EU-Parlament bleibt dabei außen vor. Unter demokratischen Gesichtspunkten handelt es sich daher um ein höchst fragwürdiges Verfahren.

In Komitologieausschüssen kommen VertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten und der EU-Kommission mit nationalen ExpertInnen zusammen und erlassen Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte. Nach Ansicht der Grünen handelt es sich um nichts anderes als umdeklarierte politische Entscheidungen, zum Beispiel über die Zulassung von hormonverändernden Chemikalien, von Herbiziden wie Glyphosat und Neonikotinoiden sowie über die Typenzulassung von Dieselfahrzeugen.

Die europäischen Grünen fordern mehr Transparenz, Entscheidungen über Zulassungen nur mit qualifizierter Mehrheit und mit Vetorechten für das EU-Parlament. Die EU-Regierungen haben die im Jahr 2017 initiierte Reform des Komitologieverfahrens bislang auf Eis gelegt. [aw]

► Studie: www.greens-efa.eu/files/doc/docs/a42ae439196e2adf69a5d317ad0e7a56.pdf

Umweltbewusstseinsstudie

Umweltfragen immer wichtiger

■ Der Stellenwert von Umwelt- und Klimaschutz ist in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Das ist ein Ergebnis der neuesten Umweltbewusstseinsstudie, die im Mai erschienen ist. Die Bevölkerung ist demnach mehrheitlich der Ansicht, dass relevante Akteure von Industrie, Bund und Kommunen noch nicht genug für den Umwelt- und Klimaschutz tun.

Bei Landwirtschaft und Mobilität gibt es eine große Lücke zwischen dem Wunsch der Befragten, Umwelt und Klima möglichst wenig zu belasten, und den wahrgenommenen Schwerpunkten der Politik in diesen Bereichen. Mit den Zielen der Energiewende sind die meisten weitgehend einverstanden. Die Mehrheit ist der Auffassung, dass die Energiewende zügiger gestaltet werden muss.

Genug herausgeredet! Bundesregierung muss endlich handeln.

Eine zivilgesellschaftliche Erklärung spricht eine deutliche Sprache zur mangelhaften Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland, meint Elisabeth Staudt (FUE).

Fast vier Jahre ist es her, dass sich 193 Staaten auf die Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) geeinigt haben. In diesem Jahr wollen die Staats- und Regierungschefs erstmals für eine Auswertung der bisherigen Umsetzung zusammenkommen. Am 24. und 25. September wird daher zum (Krisen-)Gipfel nach New York eingeladen. Nicht nur der aktuelle Bericht der Bertelsmann Stiftung oder die Zwischenbilanz des UN-Generalsekretärs António Guterres sprechen eine deutliche Sprache: Kein Land der Welt ist auf dem Weg, die Nachhaltigkeitsziele bis 2030 zu erfüllen. Deutschland stellt keine Ausnahme dar.

Gerade in den klassischen Entwicklungsbereichen Armut, Hunger und Zugang zu Wasser spitzt sich die Lage weltweit sogar wieder zu. Dass diese Probleme aber eng verknüpft sind mit dem deutschen Regierungshandeln, spiegelt sich in deutschen Nachhaltigkeitsstrategien bislang kaum wider: etwa mit Blick auf die deutschen Rüstungsexporte in Krisengebiete oder auf ein unverbesserliches Festhalten an Wirtschaftsstrategien und Exportförderung, die andernorts zu Armut, Zukunftslosigkeit und Raubbau an der Natur führen.

Doch nicht nur die Bilanz der deutschen Außenpolitik ist ernüchternd. Die nationalen Klimaziele für 2020 können nicht gehalten werden. Unsere Agrarpolitik zerstört Ökosysteme und die Artenvielfalt. Die deutsche Mobilitätspolitik scheint noch immer Leitbilder aus den 70er-Jahren zu verfolgen. Ziele für eine Umkehr dieser negativen Trends hat sich die Bundesregierung zur Genüge gesetzt. Nur das Tempo der Umsetzung ist den Herausforderungen bei Weitem nicht gewachsen.

Die Aufregung auf Regierungsseite hält sich bisher in Grenzen. Noch immer hat Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Teilnahme an dem UN-Gipfel im September nicht sicher zusagen können. Die Ziele werden eher als eine Art „grüne Entwicklungsagenda“ wahrgenommen. Als übergreifendes Leitbild für jegliches Regierungshandeln hat die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung bisher

hingegen kaum Anwendung gefunden. Dass die SDGs als Handlungsleitfaden für alle Politikentscheidungen gedacht werden, bei denen es gerade um eine ganzheitliche Betrachtung aller Ziele und Aushandlungsprozesse von Zielkonflikten geht, ist seit der Verabschiedung im Jahr 2015 anscheinend leider in Vergessenheit geraten.

Um diesen Missständen entgegenzuwirken, hat ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung seine Besorgnis über die mangelhafte Umsetzung der SDGs und den damit verbundenen fehlgeleiteten Kurs der Bundesregierung deutlich gemacht. Mit der Veröffentlichung fordern inzwischen 137 mitzeichnende Organisationen einen klaren Kurswechsel in der Nachhaltigkeitspolitik in Deutschland. Dabei verbindet sie ein Kerngedanke der Agenda 2030: Nur, wenn ökologische, soziale und wirtschaftliche Fragen zusammengedacht werden und gesellschaftliche Gruppen gemeinsam an Lösungen arbeiten, können Antworten auf die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit gefunden werden. Die Forderung ist klar: Die Bundesregierung muss der Umsetzung der Agenda 2030 oberste Priorität einräumen und Nachhaltigkeit im Sinne einer globalen (Generationen-)Gerechtigkeit zum zentralen Leitbild all ihrer politischen Entscheidungen machen. Bereits am 13. Juni wurde die Erklärung an Helge Braun, Chef des Bundeskanzleramtes, übergeben. Doch alle Augen richten sich nun auf den Gipfel der Vereinten Nationen im September. Hier wird sich zeigen, ob die Bundesregierung die deutlichen Appelle verstanden hat und mit Taten statt mit Worten in das neue Jahrzehnt der SDG-Umsetzung startet.

Die zivilgesellschaftliche Erklärung „Genug herausgeredet – Höhenangst vor dem UN-Gipfel überwinden!": www.kurzlink.de/fue-sdg-erklaerung

Elisabeth Staudt ist Referentin für Nationale Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung (FUE).

Mit der Umweltbewusstseinsstudie untersuchen Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt alle zwei Jahre, wie sich das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Deutschen entwickelt. Für die aktuelle Studie wurden in der zweiten Jahreshälfte 2018 rund 4.000 Personen befragt. [aw]

► www.bmu.de/pressemitteilung/8553

VERKEHR & TOURISMUS

Dieselfahrzeuge

Schleppende Nachrüstungen

■ Die Brüsseler Umweltschutzorganisation Transport & Environment (T&E) ist nach Auswertung neuester Daten der EU-Kommission von Mitte Mai alarmiert: Bei dem derzeitigen Tempo der Nachrüstungen würde es mindestens noch zwei Jahre dauern, um alle betroffenen Dieselfahrzeuge mit einem Softwareupdate auszustatten.

Seit 2015, als die Diesellaffäre um den Automobilkonzern Volkswagen ins Rollen gekommen war, wurden bislang rund 10 von insgesamt 43 Millionen Dieselfahrzeugen mit betrügerischer Software in der EU zurückgerufen. Zu wenig, findet T&E.

Zudem gibt es große regionale Unterschiede. Während in westeuropäischen Ländern durchschnittlich 83 Prozent der Fahrzeuge der Volkswagengruppe ein Softwareupdate erhielten, waren es in Mittel- und Osteuropa im Durchschnitt nur rund 55 Prozent. Besonders gering war der Anteil in Kroatien (46 Prozent), Polen (45 Prozent) und Rumänien (37 Prozent). Die meisten Updates von zu VW gehörigen Dieselaautos mit einem bestimmten Motortyp gab es in Deutschland (99 Prozent), Finnland (95 Prozent) und Österreich (86 Prozent).

In den meisten EU-Ländern sind überdies technische Nachrüstungen rechtlich nicht verpflichtend, moniert T&E. Somit würde sich die flächendeckende Nachrüstung zusätzlich verzögern. [aw]

- T&E-Analyse: www.kurzlink.de/te-dieselstudie-0519
- Bericht der EU-Kommission: www.kurzlink.de/kom-nox-170519

Deutsche Pkw-Maut

Und sie diskriminiert doch

■ Der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) hat im Juni geurteilt, dass die geplante Infrastrukturabgabe Deutschlands ausländische FahrzeughalterInnen diskriminiert und daher gegen Unionsrecht verstößt.

Im Detail stellte der Gerichtshof fest, dass die Infrastrukturabgabe in Verbindung mit der Steuerentlastung bei der Kraftfahrzeugsteuer, die den HalterInnen von in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen zugutekommt, eine mittelbare Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit darstellt. Somit verstößt die Maut für Autobahnen und Bundesstraßen gegen die Grundsätze des freien Warenverkehrs und des freien Dienstleistungsverkehrs. Denn die wirtschaftliche Last der Abgabe müssten praktisch ausschließlich die NutzerInnen von in anderen Mitgliedstaaten zugelassenen Fahrzeugen tragen.

Mit dem Urteil gaben die RichterInnen der Klage Österreichs statt. Die Entscheidung kam unerwartet, da der Generalanwalt in seiner Stellungnahme vom Februar dieses Jahres zur gegenteiligen Einschätzung gelangt war. Für gewöhnlich folgt der EuGH diesen Stellungnahmen.

Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des ökologischen Verkehrsclubs Deutschland (VCD), kommentierte: „Das Urteil ist eine Ohrfeige für die Verkehrs- und Umweltpolitik der Großen Koalition. Die von der CSU vorangetriebene Pkw-Maut war von Anfang an ausländerfeindlich, unsozial und ökologisch fragwürdig.“ Stattdessen müsse eine Maut, so Lottsiepen, eine ökologische Lenkungswirkung haben. Die Höhe müsse sich nach den gefahrenen Kilometern und dem CO₂-Ausstoß der Pkws bemessen.

Für Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) war das Urteil „überraschend“. Schließlich hätten EU-Kommissi-

on, der Generalanwalt sowie Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident grünes Licht gegeben. Es sei „kein schöner Tag für die Infrastrukturfinanzierung in Deutschland“. [aw]

- EuGH: www.kurzlink.de/eugh-maut-180619
- VCD: www.kurzlink.de/vcd-maut-180619
- Andreas Scheuer: www.kurzlink.de/youtube-180619

Schiennenverkehr

Zug schlägt Auto und Flieger

■ Investitionen in die Schiene stiften laut einer im Juni erschienen Studie der EU-Kommission einen größeren Nutzen als Investitionen in alle anderen Verkehrsträger, einschließlich der Straße, wenn externe Kosten einbezogen werden. Das umfasst Belastungen, die einzelne Verkehrsträger für die Gesellschaft insgesamt erzeugen, also Klimabelastung, Luftverschmutzung, Lärm und Unfälle.

Die Studie zeigt auch, dass die heutigen Steuern und Abgaben die Gesamtkosten des Verkehrs nicht abdecken. Die einzige Ausnahme bilden in Europa Hochgeschwindigkeitszüge. Besonders groß ist der Vorteil der Schiene, wenn man den Nutzen jedes weiteren Euro nach dem Infrastrukturausbau für die einzelnen Verkehrsträger anschaut.

Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene, kommentierte: „Die Ergebnisse der EU-Kommission bestätigen, wie sehr ein Land wie Deutschland von einer Stärkung der Eisenbahn profitieren kann.“ [aw]

- Studie: www.kurzlink.de/com-transport-0619
- Allianz pro Schiene: www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/die-schiene-gewinnt

Gute Straßen für alle

Entwurf mit Luft nach oben

■ Im Juni hat Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer seinen Entwurf für eine fahrradfreundliche Novelle der Straßenver-

kehrordnung (StVO) veröffentlicht. Der Allgemeine Deutsche Fahrradclub (ADFC) sieht positive Ansätze, aber auch Nachbesserungsbedarf. Als „überfälligen Schritt“ bewertet er ein generelles Halteverbot auf Schutzstreifen, eine Erhöhung der Bußgelder, einen Mindestüberholabstand für Autos sowie den Grünen Pfeil für RadfahrerInnen.

Für gut befindet der ADFC zum Beispiel die Einrichtung von Fahrradzonen, was aber nur funktioniert, wenn gleichzeitig die Einrichtung von Fahrradstraßen erleichtert wird. Ebenso sei die Innovationsklausel ein guter Schritt, der es Kommunen ermögliche, beispielsweise flächendeckend Tempo 30 oder ein Einfahrverbot für schwere Lkws in Pilotprojekten zu erproben.

Der ökologische Verkehrsclub VCD forderte Scheuer auf, mit der geplanten Reform der Straßenverkehrsordnung (StVO) Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts einzuführen. Dies sei die wichtigste Maßnahme, um nicht nur den Radverkehr, sondern den Verkehr für alle VerkehrsteilnehmerInnen sicherer, leiser und übersichtlicher zu machen. [aw]

- ▶ www.adfc.de/neuigkeit/minister-entwurf-zur-fahrradfreundlichen-stvo
- ▶ www.kurzlink.de/vcd-stvo-110619

WASSER & MEERE

Wasserrahmenrichtlinie

Deutschland für Beibehaltung

■ Die deutsche Delegation hat sich während des informellen EU-Umweltministertreffens in Bukarest Ende Mai klar für die Beibehaltung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und ihrer Ziele ausgesprochen. Staatssekretär Jochen Flasbarth twitterte, er habe deutlich gemacht, „dass wir keine Änderung der Wasserrahmenrichtlinie wollen. Die Ziele für einen guten Zustand unseres Wassers und unserer Gewässer müssen mit allem Nachdruck verfolgt werden, um sie bis 2027 zu erreichen.“

Umweltverbände wie der Deutsche Naturschutzring und der WWF begrüßten diese klare Botschaft und forderten die anderen EU-Mitgliedstaaten auf, sich ebenfalls für den Schutz von Flüssen, Seen, Bächen und Küstengewässern starkzumachen. Auf europäischer Ebene wird die WRRL zurzeit einem sogenannten Fitness-Check unterzogen. Umweltverbände befürchten eine Verwässerung der bisherigen Standards, da sich die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der WRRL aufgrund mangelnden politischen Engagements schwertun.

Ein europaweites Bündnis von Umweltverbänden hatte vor dem Treffen mit einem detaillierten Bericht die massive Einflussnahme von Industrieverbänden auf die Gewässerschutzpolitik und die fehlende politische Einsicht einiger Mitgliedstaaten kritisiert (umwelt aktuell 06.2019, S. 22). Ansonsten ging es beim informellen Ratstreffen um Klimaschutz, Biodiversität und Mikroplastik. [jg]

- ▶ www.dnr.de/index.php?id=13454

Düngerecht und Nitratwerte

Kann Deutschland Strafzahlungen vermeiden?

■ Wegen zu hoher Nitratwerte im Grundwasser steht Deutschland seit geraumer Zeit in der Kritik – es drohen über 800.000 Euro Strafzahlungen täglich (umwelt aktuell 05.2019, S. 29). Das Bundesumwelt- und das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) haben sich Mitte Juni auf Verbesserungen im Düngerecht geeinigt und die Vorschläge an die EU-Kommission weitergeben.

Der Vorschlag: In Gebieten mit besonders hohen Nitratwerten soll die Düngung um 20 Prozent im Betriebsdurchschnitt reduziert werden. Außerdem gilt eine Obergrenze von 170 Kilogramm Stickstoff je Hektar und Jahr einheitlich bewirtschafteter Ackerfläche (Schlag) beziehungsweise für Einzelflächen. Wenn Kulturen mehr Dünger brauchen, muss anderswo weniger gedüngt werden. Es gibt verlängerte Sperrzeiten in belasteten Gebieten und zu Gewässern teils

größere Abstände – je nach Hangneigung bis zu zehn Metern. Für extensiv wirtschaftende Landwirtschaftsbetriebe und Ökobetriebe, die so nachhaltig und ressourcenschonend düngen, gelten Ausnahmen. Sofern die EU-Kommission mit den Änderungen einverstanden ist, wird der Gesetzgebungsprozess eingeleitet. Dann wird es wohl keine zweite Klage geben.

Ob die angedachten Verbesserungen EU-rechtskonform sind und Stickstoffüberschüsse wirksam reduziert werden, bleibt nach Aussagen vom Deutschen Naturschutzring (DNR) „fraglich“. Besonders in überlasteten Gebieten – auf Karten mit gemessenen Nitratwerten rot gekennzeichnet – müssten die Bestände der Nutztiere erheblich reduziert und Ausnahmeregelungen streng überprüft werden. Die derzeitige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik biete die historische Chance, LandwirtInnen für das Erreichen von Umweltzielen zu entlohnen. Viele Betriebe seien zu Veränderungen bereit.

Bereits am 6. Juni fand ein Treffen von Umwelt- und LandwirtschaftsvertreterInnen von Bund und Ländern statt („Güllegipfel“), nach dem nur noch fachliche Detailfragen zu klären waren. Umweltverbände kritisierten die „endlose Hängepartie“ bei der Verschärfung der Düngeregelungen. Deutschland rechne seit Jahren die erforderliche Reduzierung von Stickstoffüberschüssen schön. [jg]

- ▶ BMEL: www.kurzlink.de/bmel-duengerecht2019
- ▶ www.dnr.de/index.php?id=13505

Europas Badegewässer 2018

Wenig Fäkalbakterien

■ 95,4 Prozent aller bewerteten Badestellen in Europa erfüllten im vergangenen Jahr die Mindestqualitätsanforderungen für Badegewässer, was die Anzahl von Fäkalbakterien betrifft. Über 85 Prozent der Badestellen haben laut dem jüngsten Jahresbericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) die höchsten Anforderungen für „ausgezeichnete“ Wasserqualität erfüllt. Die Qualität wird entsprechend der nachgewiesenen Menge von Fäkalbakterien ▶

(intestinale Enterokokken und Escherichia coli) als „ausgezeichnet“, „gut“, „ausreichend“ oder „mangelhaft“ eingestuft. Die drei Länder mit den meisten Badestellen in mangelhafter Qualität befanden sich in Italien (89 Badestellen), Frankreich (54 Badestellen) und Spanien (50 Badestellen). In vier Ländern wiesen 95 Prozent oder mehr der Badestellen eine ausgezeichnete Wasserqualität auf: Zypern, Malta, Österreich und Griechenland.

In Deutschland erfüllten laut Umweltbundesamt (UBA) 98 Prozent der Badegewässer in der Badesaison 2018 die Qualitätsanforderungen der EG-Badegewässerrichtlinie. Etwa 93 Prozent wurden sogar mit der besten Note „ausgezeichnet“ bewertet. Sechs deutsche Badegewässer waren von mangelhafter Qualität: Tremt an der Ostsee (Mecklenburg-Vorpommern), Kolmar an der Elbe (Schleswig-Holstein), Elfrather See (Nordrhein-Westfalen), Goldscheuer Badeseer (Baden-Württemberg), Klostersee (Bayern) und Stausee Kelbra (Sachsen-Anhalt).

Erfreulich: In den letzten 40 Jahren seit Existieren der Richtlinie hat die Badegewässerqualität kontinuierlich zugenommen. Was aber nach wie vor bedenklich ist: Fast alle Meere Europas haben ein massives Kontaminationsproblem mit Schwermetallen, Insektiziden und anderen Gefahrenstoffen (umwelt aktuell 06.2019, S. 22). [jg]

- ▶ www.europa.eu/rapid (Search: IP/19/2771)
- ▶ EEA: www.kurzlink.de/eea-badegew-2018
- ▶ UBA: www.umweltbundesamt.de/wasserqualitaet-in-badegewaessern

- ▶ www.ices.dk
- ▶ www.dnr.de/index.php?id=13342

Fischfangquoten 2020

Wissenschaft rät: Fangstopp für Hering und Dorsch

■ Der Internationale Rat für Meeresforschung (ICES) hat Ende Mai Fangquotenempfehlungen für die Ostseebestände für 2020 veröffentlicht. Laut ICES befinden sich die Bestände des Herings und Dorschs der westlichen Ostsee sowie des Dorschs der östlichen Ostsee in einem kritischen Zustand. Für den Hering und den Dorsch im östlichen Meer empfiehlt der Rat für kommendes Jahr deshalb sogenannte Nullquoten, also einen Fangstopp.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und die Kampagne Our Fish haben aufgrund der ICES-Empfehlung die deutsche Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner aufgefordert, die wissenschaftlichen Empfehlungen umzusetzen und weitere Sofortmaßnahmen zu unterstützen. Laut der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) soll die Überfischung bis 2020 beendet sein. [jg]

Tiefseebergbau

Kommt ein Moratorium?

■ Wegen der potenziell schädlichen Auswirkungen hat der Beirat für Langstreckenfischfangflotten (Long Distance Fleet Advisory Council – LDAC) der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten Ende Mai empfohlen, ein Moratorium für den Tiefseebergbau in internationalen Gewässern zu vereinbaren. Auch die Finanzierung der entsprechenden Technologien sollte ausgesetzt werden.

Seas At Risk und das Bündnis zum Schutz der Tiefsee (Deep Sea Conservation Coalition – DSCC) begrüßten die Forderung. Der LDAC folge damit den Bedenken von Wissenschaft, Fischereindustrie und Umweltorganisationen, die eine große Gefahr für die Ökosysteme sehen. Die Internationale Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority – ISA), eine zwischenstaatliche Organisation im Rahmen des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (UNCLOS), ist dabei, Vorschriften zu entwickeln, die den Abbau der internationalen Gebiete des Meeresbodens per Lizenz erlauben würden. Matthew

Nachhaltigkeit

A-Z



W wie Wertschöpfungskette

Im globalen Handel geht es selten gerecht oder fair zu: Das kritisiert der Faire Handel und stellt eine Alternative für ethisch handelnde Konsumentinnen und Konsumenten dar. Seit einigen Jahren erfährt der Faire Handel – auch in der Kooperation mit dem konventionellen Handel – eine starke Wachstumsdynamik. Wie viel »Fairness« ist dann noch möglich? Jutta Kister bringt Licht in die Blackbox der »globalen Wertschöpfungsketten«, die von vielen als undurchschaubar empfunden werden.

J. Kister
Von Wachstum und Werten
 Globale Wertschöpfungsketten im Fairen Handel
 336 Seiten, broschiert, 34,- Euro, ISBN 978-3-96238-116-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de

Die guten Seiten der Zukunft



Gianni von DSCC sagte: „Wissenschaftler haben davor gewarnt, dass der Verlust der Artenvielfalt unvermeidlich und in menschlichen Maßstäben voraussichtlich dauerhaft sein wird, wenn die Internationale Meeresbodenbehörde damit beginnt, Lizenzen zu erteilen, um aus dem Meeresboden im tiefen Ozean Metalle wie Kupfer, Nickel, Kobalt und Mangan abzubauen.“

DSCC und Seas At Risk forderten die EU-Mitgliedstaaten auf, sich auf der nächsten Jahrestagung der ISA für ein Moratorium starkzumachen. Zudem müsse die ISA dringend reformiert werden, da sie von der Ausgabe der Tiefseebergbaulizenzen wirtschaftlich profitiere. Das Moratorium sei angesichts des globalen Biodiversitätsschwundes und der geringen Kenntnisse über ökosystemare Zusammenhänge in der Tiefsee eine Sache des „gesunden Menschenverstandes“, urteilte John Tazer vom WWF International. [jg]

- ▶ LDAC: www.kurzlink.de/ldac-advice-deepsea
- ▶ Seas At Risk www.kurzlink.de/sar-2019-05-28

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

Mercosur

Kein Handel mit Umweltzerstörern

■ Obwohl in Brasilien Menschenrechte und Umweltschutz stark gefährdet sind, schreiten die Verhandlungen über das EU-Mercosur-Handelsabkommen weiter voran. Über 340 Organisationen riefen die EU deshalb im Juni zu einer klaren Haltung auf. Die EU solle ihren Einfluss nutzen, „um eine Verschlechterung der Menschenrechte und der Umweltsituation in Brasilien zu verhindern“, heißt es in dem offenen Brief der Organisationen an die Präsidenten der EU-Institutionen. Die Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten über ein Abkommen müssten sofort abgebrochen und dürften erst fortgeführt werden, wenn die brasilianische Regierung konkrete Maßnahmen vorlegt, mit denen sie die Ziele des Pariser Abkommens erfüllen wird. Außerdem müsse die EU sicherstellen, dass der Import brasilianischer Produkte nicht dazu führt, dass Entwaldung, Enteignung von Indigenen oder Menschenrechtsverletzungen in Brasilien weiter zunehmen. Die Organisationen fordern die EU auch auf, die brasilianische Zivilgesellschaft stärker zu unterstützen und möglichen Menschenrechtsverletzungen nachzugehen.

Die Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, zu denen neben Brasilien auch Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela gehören, laufen bereits seit 2004 und stehen scheinbar kurz vor dem Abschluss. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström will die Verhandlungen noch unter ihrem Mandat, also bis Ende Oktober, abschließen. Der brasilianische Außenminister hofft auf eine Einigung noch im Juli. [km]

Die Verhandlungen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, zu denen neben Brasilien auch Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela gehören, laufen bereits seit 2004 und stehen scheinbar kurz vor dem Abschluss. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström will die Verhandlungen noch unter ihrem Mandat, also bis Ende Oktober, abschließen. Der brasilianische Außenminister hofft auf eine Einigung noch im Juli. [km]

- ▶ Offener Brief (Netzwerk Gerechter Welthandel): www.kurzlink.de/ngw-mercotur

Ressourceneffizienz

BürgerInnen sollen mitreden

■ Seit Mitte Juni können BürgerInnen Vorschläge für eine bessere Ressourcenpolitik der Bundesregierung einreichen. Im sogenannten Online-Bürgerdialog GesprächStoff Ressourcen sammelt das Bundesumweltministerium (BMU) Ideen und Anregungen für die Weiterentwicklung des Deutschen Ressourceneffizienzprogramms (Progress). Es bildet seit 2012 die Grundlage der deutschen Ressourcenschutzpolitik. Im Februar 2020 muss die Bundesregierung den nächsten Fortschrittsbericht (Progress III) vorlegen. Im Bürgerdialog können Interessierte Maßnahmenvorschläge in den Bereichen ressourcenschonende Produkte, Ressourcenschonung im Alltag, Abfallvermeidung und Kreislaufwirtschaft, Green Finance, Ressourceneffizienz in der Bildung und in der öffentlichen Verwaltung sowie Vermeidung ressourcenintensiver Mobilität kommentieren und ergänzen.

Die Ergebnisse des Bürgerdialogs will

das BMU in Workshops zusammentragen und in Progress III einfließen lassen. Die Plattform ist noch bis zum 14. Juli für Beiträge geöffnet. [km]

- ▶ Onlinedialog „GesprächStoff Ressourcen“: www.gespraechstoff-ressourcen.de
- ▶ Weitere Informationen zu Progress: www.bmu.de/WS1742

Nachhaltige Finanzen

Neuer Beirat soll nationale Strategie erarbeiten

■ Seit Mitte Juni berät der neu gegründete Beirat für „Sustainable Finance“, also für nachhaltige Finanzen, die Bundesregierung zur Ausarbeitung und Umsetzung ihrer Sustainable-Finance-Strategie. Laut Bundesregierung müssten ökologische und soziale Aspekte bei Investitionsentscheidungen viel mehr als bisher berücksichtigt werden, beispielsweise durch verbindliche Offenlegungsregeln zu den Klima- und Umweltauswirkungen einer Investition.

Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch, sitzt als Vertreter der Zivilgesellschaft im Beirat und fordert „Maßnahmen mit klaren, zeitnahen Umsetzungsplänen“, damit eine Strategie für nachhaltige Finanzen wirksam werden könne. Matthias Kopp vom WWF Deutschland und ebenfalls Mitglied des Beirats fordert „klaren politischen Umsetzungswillen“. Nur so könne „der Beirat der Regierung helfen, den Wandel in Finanz- und Realwirtschaft voranzutreiben“.

Die Zivilgesellschaft wird neben Germanwatch und WWF unter anderem auch von urgewald und Südwind im Beirat vertreten. Die Mehrheit der Beiratsmitglieder setzt sich allerdings aus VertreterInnen von Banken, Versicherungen, Unternehmen, Ratingagenturen und Vermögensverwaltungen zusammen. [km]

- ▶ Bundesumweltministerium: www.bmu.de/pressemitteilung/beirat-fuer-sustainable-finance-nimmt-seine-arbeit-auf
- ▶ Germanwatch: www.germanwatch.org/de/16555

OroVerde – Seit 30 Jahren aktiv im Regenwaldschutz

Im Jubiläumsjahr kann die Regenwaldstiftung auf drei erfolgreiche Jahrzehnte zurückblicken. Von Schutzprojekten vor Ort in Asien und Lateinamerika über Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit hierzulande entwickelt OroVerde Lösungen, klärt über globale Zusammenhänge zwischen Abholzung und unserem Konsumverhalten auf und gibt Handlungsempfehlungen. ■ VON VOLKHARD WILLE, ORO VERDE

■ Seit 30 Jahren setzt sich die Tropenwaldstiftung OroVerde für den Erhalt der Tropenwälder ein. Diese einzigartigen Ökosysteme gehören zu den artenreichsten Lebensräumen unserer Erde. Rund zwei Drittel aller Tier- und Pflanzenarten weltweit finden sich hier. Als riesige CO₂-Speicher spielen die Tropenwälder für das Weltklima eine entscheidende Rolle. Maßgebliche Gefährdungen der Tropenwälder haben ihre Ursache in den Industrieländern und damit auch in Deutschland: Sojaanbau für die Intensivtierhaltung, Palmöl für Kraftwerke, Kosmetik und Nahrungsmittel sowie Holz und Rohstoffe. Aus diesen Gründen steht Deutschland in der Verantwortung, seinen Beitrag zum Tropenwaldschutz zu leisten.

Auf Initiative des damaligen Präsidenten des Deutschen Naturschutzringes (DNR) Wolfgang Engelhardt 1989 gegründet, folgten bereits 1991 erste Projekte in Bolivien, Guatemala und Vietnam. 1996 verhinderte OroVerde gemeinsam mit Wissenschaftlern und engagierten Privatpersonen den Bau eines Wasserkraftwerkes im Südosten Kubas, indem sie die Gründung des Alexander-von-Humboldt-Nationalparks initiierten. Was in Guatemala mit kleinen Aufforstungsaktionen in wenigen Gemeinden begann, ist heute eine Partnerschaft zum Regenwaldschutz in vier Projektregionen. Ein besonderes Jahr war 2009, als es gelang, 40.000 Hektar Regenwald in der Kernzone des Nationalparks Sierra del Lacandón zu kaufen und damit dauerhaft zu erhalten.

Heute ist OroVerde bekannt für innovative Pilotprojekte im Regenwaldschutz, die Entwicklungszusammenarbeit und Naturschutz ganzheitlich umsetzen – und zwar vor Ort in den Tropen wie auch in der Umweltbildung im deutschsprachigen Raum.

OroVerde erklärt globale Zusammenhänge und zeigt Handlungsmöglichkeiten

auf: Unser Handeln hier in Europa - vor allem unser Konsum - hat direkte Auswirkungen auf die Tropenwälder Tausende Kilometer entfernt. Das bedeutet auch, dass wir im Alltag mit kleinen Entscheidungen für nachhaltigen Konsum sehr viel für die Tropenwälder und die Menschen vor Ort tun können.

Bei den Pilotprojekten im Tropenwald ist immer eine lokale Partnerorganisation für die Durchführung verantwortlich und gleichberechtigte Kooperation auf Augenhöhe ist ein wichtiges Grundprinzip der Arbeit. Thematisch geht es dabei um Wiederaufforstung, Schutzgebietsmanagement, regenwaldschonende Landwirtschaft wie Agroforstsysteme, Hausgärten, Waldbrandprävention und brennholzsparende Kochherde, Wasserfilter und Kurse zum Wassermanagement, Regenwald-Imkerei oder nachhaltigen Kakaoanbau. In den Schutzprojekten vor Ort greifen verschiedene Maßnahmen ineinander, um die Situation von Mensch und Umwelt zu verbessern – immer Hand in Hand mit den Menschen vor Ort. Zunehmend rückt dabei die nächste Generation der Regenwaldschützer in den Fokus. Jugendliche und junge Erwachsene in den Regenwaldregionen bekommen die Chance, eigene Zukunftsperspektiven im Einklang mit dem Regenwald zu entwickeln und bei der Gestaltung von Schutzgebieten mitzuentcheiden.

Der nächste konsequente Schritt war der Aufbau von Umwelt- und Verbraucherbildung zu Regenwaldthemen in Deutschland. 2004 startete der erste Wettbewerb „Schüler schützen Regenwald“, der bis heute erfolgreich stattfindet. Zwei Jahre später folgte das erste Unterrichtsmaterial. Bis heute hat OroVerde über 30.000 Materialpakete in Schulen getragen und über eine halbe Millionen Kinder und Jugendliche erreicht – vom Kindergarten bis zur Oberstufe.

Projekte mit Strahlkraft

Regenwaldschutz braucht einen langen Atem und gute Planung. Darum arbeitet OroVerde langfristig mit lokalen Partnern und Gemeinden zusammen. Auf der Basis unserer Erfahrung und mit der Unterstützung eines internationalen Netzwerks von ebenso engagierten Partnern entwickeln wir heute Projekte, die zunehmend auch für Mitstreiter weltweit zum Vorbild werden.

Dies gilt auch für die nationalen BNE-Projekte, bei denen wir bei Bildungsförderern und Bildungseinrichtungen als Experten für Nachhaltigkeitskommunikation und Vorreiter für aktuelle Themen gehandelt werden. Beispiele hierfür sind der Leitfaden zur Nachhaltigkeitskommunikation mit dem Modell Limbic® oder das aktuelle Projekt zu Systemkompetenz und Social Media. Immer wieder werden neue Wege in der Bildungsarbeit beschritten – von Graffiti und Rap bis zu Filmprojekten, interaktive und medial unterstützte Workshops zu Konsumthemen, Podcasts zur Klimakonferenz oder jetzt neu der Zugang zu Nachhaltigkeits-themen über Lyrik.

Von Bonn in die Welt

Tropenwälder brauchen unsere Aufmerksamkeit. Auch hier setzen wir auf die Macht der Vernetzung: Unter dem Leitspruch „Schenke Aufmerksamkeit“ lädt OroVerde die Bürgerinnen und Bürger ein, die Vielfalt der Regenwälder und den Regenwald im Supermarkt zu entdecken, selbst zum aktiven Regenwaldschützer zu werden und diese Aufmerksamkeit mit anderen zu teilen.

- ▶ Aktionen zum Jubiläumsjahr:
www.regenwald-schuetzen.org/ueber-uns/30-jahre-oroverde/das-jubilaumsjahr-2019
- ▶ www.oroverde.de/aufmerksamkeit

DNR INTERN

Positionspapier

Klare Kante für Nachhaltigkeit

■ Anlässlich des geplanten Nachhaltigkeitsgipfels der Vereinten Nationen im September haben im Juni 118 zivilgesellschaftliche Organisationen in Berlin eine Erklärung veröffentlicht. Darin geht es um die Rolle Deutschlands in der Nachhaltigkeitspolitik.

„Die bisherige Umsetzung der für 2030 gesteckten Nachhaltigkeitsziele zeigt die Ratlosigkeit der Bundesregierung bei der Beantwortung unserer wichtigsten Zukunftsfragen. Bereits jetzt zeichnet sich sehr deutlich ab, dass Deutschland die Erreichung seiner Ziele bis 2030 krachend verfehlen wird“, sagte DNR-Präsident Kai Niebert. Es sei keine Frage der Machbarkeit, sondern eine des politischen Willens, betonte Niebert. Es gebe genug positive Beispiele: Zivilgesellschaftliche Organisationen hätten teilweise gegen deutliche Widerstände aus Politik und Wirtschaft gezeigt, wie auch mit wenigen Mitteln nachhaltige Entwicklung sozial und ökologisch gerecht gestaltet werden kann. [mbu]

► Positionspapier: www.forumue.de/wp-content/uploads/2019/06/Erkl%C3%A4rung-A4-online.pdf

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Kuratorium mit DNR-Vertretung

■ Mitte Juni hat Bundesumweltministerin Svenja Schulze das 16-köpfige Kuratorium der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) für die kommenden fünf Jahre berufen. Die mit rund 2,2 Milliarden Euro Stiftungskapital ausgestattete DBU zählt zu den größten Umweltstiftungen in Europa. Sie dient dem Zweck, Vorhaben zum Schutz der Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der mittelständischen Wirtschaft zu fördern.

Das Kuratorium als gesetzliche Vertretung der Stiftung hat vor allem folgende Aufgaben: Festlegung der Leitlinien der Förderung, Aufstellung eines jährlichen Wirtschaftsplans, Entscheidung über die Vergabe der Fördermittel, Aufstellung der Jahresrechnung, Aufstellung und Veröffentlichung des Jahresberichts über die Tätigkeit der Stiftung, Entscheidung über die Vergabe des Umweltpreises.

Unter den sechs neuen Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die zum ersten Mal in das Kuratorium berufen wurden, ist auch DNR-Präsident Kai Niebert. [mbu]

► www.dbu.de/kuratorium

AUS DEN VERBÄNDEN

Erfolgreicher Protest

Keine Klage wegen Kritik an illegalem Holzverkauf

■ Der Baummarktkonzern Hornbach hat eine geplante Klage gegen die rumänische Umweltschutzorganisation Declic fallen gelassen. Hornbach hatte illegales Holz aus rumänischen Urwäldern verkauft und wollte die NGO Declic verklagen, die das aufgedeckt hatte.

Dagegen protestierten im Mai Tausende Campact-UnterstützerInnen. Mit einer sogenannten Ad-Busting-Grafik pflasterten sie die Facebookseite des Baumarkts. Die Grafik sah aus wie eine Werbung von Hornbach, bloß mit geändertem Text. Darauf stand: „Hornbach, immer was zu tun. Erst Urwaldholz verkaufen, dann die WaldschützerInnen verklagen.“ Kurz nach der Aktion versprach Hornbach, die Klage gegen Declic aufzugeben. Das bestätigte die rumänische Organisation. Der Baumarkt wollte wohl nicht riskieren, dass noch mal Tausende kritische Kommentare öffentlich auf seiner Facebookseite zu lesen sind. [mbu]

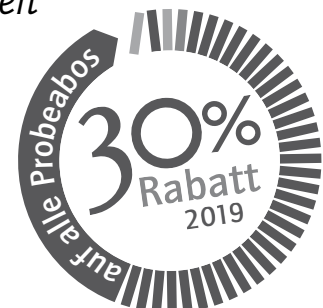
► www.campact.de



Den Horizont erweitern...

...mit allen Seiten der Nachhaltigkeit

Ob Umweltforschung oder Umweltpolitik, ob Naturschutz oder ökologische Wirtschaft: Die oekom-Fachzeitschriften geben nachhaltige Denkanstöße. Überzeugen Sie sich selbst – mit einem **rabattierten Probeabo!**



www.oekom.de/zeitschriften, abo@oekom.de

Masterplan Stadtnatur

Ziele bleiben hinter dem Weißbuch Stadtgrün zurück

■ Die Bundesregierung hat Anfang Juni den Masterplan Stadtnatur beschlossen. Er enthält ein 26 Punkte umfassendes Maßnahmenprogramm zur Unterstützung der Kommunen. Die Bundesregierung hat ausschließlich in der Zuständigkeit des Bundes liegende Maßnahmen aufgenommen.

Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten begrüßt das Handlungskonzept der Bundesregierung für eine lebendige Stadt. Angesichts der gesellschaftlichen Debatte um den Klimawandel und den dringenden Handlungsbedarf in den Städten hätte der Verband aber für einen ehrgeizigeren Masterplan plädiert. So fehlt etwa eine konkrete positive Zielsetzung zur Stärkung von urbanen grünen Infrastrukturen in der laufenden Reform der Städtebauförderung. Ein weiterer zentraler Knackpunkt ist das Fehlen eines klaren Bekenntnisses zur Landschaft, Natur und Stadtgrün schonenden nächsten Baugesetzbuchnovelle. [red]

- Materplan Stadtnatur:
www.bmu.de/download/2270/

EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement

Woche 2019 – Beleg für Vielfalt

■ Mit inzwischen bundesweit über 7.700 Aktionen ist die Engagementwoche in den vergangenen 15 Jahren zur bundesweit größten Freiwilligenoffensive geworden. Die Kampagne wirkt, und das ist gut so: Wir brauchen aber noch mehr Sichtbarkeit für all die Engagierten, die noch nicht im Rampenlicht stehen – genauso wie für die Belange und die gesellschaftliche Relevanz von bürgerschaftlichem Engagement. Anlässlich der bevorstehenden Woche des

bürgerschaftlichen Engagements 2019 im September wurden Andrea Harwardt, Dennis Kirschbaum und Lena Wiewell zu Engagement-BotschafterInnen der Kampagne ernannt. [red]

- www.engagement-macht-stark.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Negativpreis

Goldener Geier

■ Zum ersten Mal verleiht die Deutsche Umwelthilfe (DUH) dieses Jahr die unrühmliche Auszeichnung für eine umweltschädliche Verpackung. Dafür ruft die DUH VerbraucherInnen auf, beim täglichen Einkauf die absurdesten Einwegplastikverpackungen zu fotografieren und unter dem Hashtag #Verpackungswahnsinn zu melden.

Aus den Einreichungen wird die DUH Mitte Juli die meistgenannten Einwegverpackungen auswählen und in die öffentliche Endabstimmung geben. Der Hersteller oder Händler der unsinnigsten Verpackung erhält den „Goldenen Geier“ und wird dann in einer Petition aufgefordert, künftig auf die umweltschädliche Verpackung zu verzichten.

Nach Schätzungen des Fraunhofer Instituts landen in Deutschland jährlich rund 116.000 Tonnen Makroplastik aus Verpackungen und Produkten in der Umwelt. Die EU verbietet mit einer neuen Richtlinie besonders umweltschädliche Einwegplastikprodukte und Verpackungen; Deutschland setzt auf freiwillige Selbstverpflichtungen von Handel und Industrie. Die Folge: zahllose unnötige, zu große oder nicht recyclingfähige Verpackungen.

Mit dem Negativpreis für unsinnige Verpackungen möchte die DUH ein Zeichen gegen den Verpackungswahnsinn und seine katastrophalen Auswirkungen auf die Umwelt setzen. [mbu]

- www.duh.de/goldenergeier

Impressum

umwelt aktuell Juli 2019

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Karen Thormeyer [kt] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

Fotos: Titel © DLR, S. 17 © DAV/Tobias Haase. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:

Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: oekom-abo@verlegerdienst.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

Inklusive Bildung

Gemeinsam für eine nachhaltige Entwicklung

Oft beschäftigt uns das mehr, was in der unmittelbaren Umgebung passiert. Der Schutz unserer Erde als gemeinsame und alle betreffende Aufgabe erfordert aber eine globale Sichtweise. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) kann eine pädagogische Antwort darauf sein. Inklusive BNE möchte alle Menschen miteinschließen, fördert die Teilhabe aller an globalen Fragestellungen und stärkt den Prozess einer nachhaltigen Entwicklung und Gestaltung unserer Einen Welt.

□ Globale Herausforderungen wie Klimawandel, Rückgang der Biodiversität, Armut, Hunger, wachsende Ungleichheiten und eine ungerechte Verteilung von Reichtümern haben Auswirkungen auf unser aller Leben. Der Bildung kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, sich diesen Herausforderungen zu stellen und nachhaltige Lebensweisen zu fördern. Bildung sollte die Menschen in die Lage versetzen, ein Problembewusstsein zu entwickeln, systemisches Denken zu erlernen sowie verantwortlich zu handeln. Daher ist Ziel 4.7 der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) mit seinem transformativen Potenzial sehr wichtig. Die Forderung nach einer inklusiven Bildung ist integraler Bestandteil der Agenda 2030 mit dem Ziel 4. Gemäß dem UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung ist BNE ein ganzheitliches Konzept, welches „jedem Einzelnen [ermöglicht], die Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Welt zu verstehen und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen“.

Inklusive BNE in der Schule

Inklusion ist ein Prozess, bei dem sich die Gesellschaft an die Diversität der Individuen anpasst. Am Beispiel der Schule betrachtet, richtet sich inklusiver Unterricht somit an heterogene Lerngruppen, um allen Lernenden einen eigenen Zugang zum Lerngegenstand zu ermöglichen. Gleichzeitig benötigt ein differenzierter Unterricht vielfältiges Material und verschiedene Methoden. Mit einer Vielfalt an inklusiven didaktisch-methodischen Ideen möchten wir, der Verein bezev, Lehrende durch unsere Arbeit unterstützen, allen SchülerInnen globale Zusammenhänge aufzeigen und sie zur aktiven Mit-

SCHULISCH & AUSSERSCHULISCH

gestaltung unserer Einen Welt motivieren. Hierzu bieten wir unter anderem inklusive Bildungsmaterialien (Grundschule/ Sekundarschule) und Fortbildungen für LehrerInnen und Aktive in der Bildungsarbeit an, um sie in inklusive BNE einzuführen und ihnen Methoden an die Hand zu reichen. Gleichzeitig sollte inklusive BNE als Aufgabe der ganzen Schule im Sinne des Whole School Approach gesehen werden und sich in verschiedenen Bereichen der Schule widerspiegeln. Demnach können unter anderem das Leitbild, die nachhaltige Bewirtschaftung oder auch die Öffnung von Schule nach außen einen Beitrag leisten, inklusive BNE ganzheitlich umzusetzen und zu leben.

Inklusive BNE in außerschulischen Bereichen

In der BNE geht es primär darum, gegenwärtige und zukünftige Generationen mit den notwendigen Kompetenzen auszustatten, um selbstständig auf aktuelle globale und lokale Herausforderungen reagieren zu können. Neben der Schule haben außerschulische Bildungsstätten und -akteure eine wichtige Rolle dabei, die nachkommenden Generationen zu befähigen. Außerschulische Lernorte unterstützen insbesondere den Erwerb von Kompetenzen durch einen nahen Lebensweltbezug, Begegnungen mit ExpertInnen und den Fokus auf Praxis und Handlung. Genau hier ergeben sich viele Potenziale für eine inklusive Umsetzung der Bildungsarbeit. Ein wichtiges Ergebnis nach dem Abschluss der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) war,

dass eine kontinuierliche Arbeit im Bereich BNE in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen notwendig ist, um eine nachhaltige Verankerung zu erreichen.

Ganzheitlicher Ansatz

Während in Deutschland der Begriff „Inklusion“ oft nur in einem engeren Sinne im Kontext von Menschen mit einem diagnostizierten Förderbedarf verwendet wird, vertritt die UNESCO dezidiert einen weiten Inklusionsbegriff, der alle Menschen einschließt. Inklusive Bildung bedeutet, dass alle Menschen an qualitativ hochwertiger Bildung teilhaben und ihr Potenzial entfalten können. Weder Geschlecht, soziale oder ökonomische Voraussetzungen noch besondere Lernbedürfnisse dürfen dazu führen, dass ein Mensch seine Potenziale nicht entwickeln kann. Oft laufen Prozesse auf der politischen Ebene, im Rahmen von Abkommen und Programmen zu inklusiver Bildung und BNE, parallel. Inklusion ist jedoch als fester Bestandteil von BNE zu verstehen und sollte demnach so umgesetzt werden.

Um die Potenziale einer gemeinsamen Stärkung der Prozesse auszuschöpfen, sollten in Prozessentwicklungen und der Netzwerkarbeit beide Themen vermehrt vereint gefördert werden.

Marianna Svinos, Projektkoordinatorin
inklusive Bildung für nachhaltige Entwicklung,
Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit e.V. (bezev)
E-Mail: svinos@bezev.de,
www.bezev.de

BLICKPUNKT

Gelebte Inklusion

Inklusive Umweltbildung an der Ökologischen Bildungsstätte Burg Hohenberg e.V. (ÖBI) gibt es schon seit Langem. Bereits zehn Jahre vor Inkrafttreten der UN-Behindertenkonvention startete Thomas Kappauf (heute an der LBV-Umweltstation Lindenhof in Bayreuth) 1998 das erste Umweltbildungsprojekt mit der damaligen Lebenshilfeschule Marktredwitz.

Sicher stellt sich der eine oder die andere die Frage, warum sich eine Umweltstation wie die ÖBI Hohenberg der Umweltbildung mit Menschen mit geistiger Behinderung widmet und diese sogar zu einem ihrer Schwerpunkte macht? Diese Frage ist ganz einfach zu beantworten! Fachlich gesehen ergänzen sich Naturpädagogik und Sonderpädagogik ideal. Was liegt also näher, als diese beiden pädagogischen Richtungen im Rahmen von Umweltbildungsveranstaltungen zu kombinieren?

Natur erleben mit allen Sinnen ist ein beliebtes Element in der Umweltbildung. Es eignet sich hervorragend, um Menschen mit Handicap die Natur zu vermitteln. Riechen wie beim Klassiker Kräuter, fühlen, hören und natürlich auch schmecken gehören unbedingt in die Konzeption naturpädagogischer Veranstaltungen für Menschen mit Handicap. So werden alle Teilnehmenden erreicht. Zum ganzheitlichen Aufbau solcher Veranstaltungen haben sich auch Lieder, Geschichten, Kreatives Gestalten und Experimente bewährt.

Aber von größerer Bedeutung sind die Erfahrungen, die man mit diesen besonderen Menschen machen kann. Die Arbeit mit diesen liebenswerten Menschen ist ein ganz besonderes Geschenk. Jede UmweltbildnerIn sollte sich dieser Zielgruppe widmen, um dies selber erleben zu dürfen.

So wurde im Jahre 2003 ganz nach dem Leitsatz der ÖBI „Umweltbildung für alle“ die „Umweltbildung für Menschen mit Handicap“ durch Susanne Bosch wieder mit ins Programm der ÖBI aufgenommen. Seitdem ist sie ein fester Bestandteil. Umweltbildung und Sonderpädagogik sind sich ähnlich und ergänzen sich prima. Seit Jahren sind Naturerlebnistage mit geistig behinderten Menschen einer der Schwerpunkte der Umweltstation. So wurden in der Vergangenheit regelmäßig Naturerlebnisse mit den Kindern der SVE, Projektwochen mit SchülerInnen der Grund-, Haupt- und Berufsschulstufe, Ferienwochen mit der offenen Behindertenarbeit und Naturerlebnismittage mit BewohnerInnen des Wohnheims durchgeführt. Von Anfang an wurden diese naturpädagogischen Veranstaltungen auch teilweise inklusiv, also zusammen mit nicht behinderten Menschen durchgeführt. Unsere Erfahrungen zeigen, dass naturpädagogische Veranstaltungen sich positiv auf das Verhalten und die Entwicklung auswirken.

Das Projekt „Umweltassistenten“

Die Idee für die „Umweltassistenten“ kam 2009 bei einer inklusiven Fachtagung in Bremervörde. Umweltbildung für alle ist das Motto der ÖBI. Und so liegt es nahe, auch Umweltbildung für Menschen mit geistiger Behinderung anzubieten. Um die gemeinsame Arbeit nachhaltig und praxisnah zu gestalten, wurde 2014 das Projekt „Umweltassistenten“ ins Leben gerufen. Menschen mit geistiger Behinderung sollen nicht nur an naturpädagogischen Veranstaltungen der Umweltstation teilnehmen, sie sollen selbst diese Projektstage gestalten. In den Jahren zuvor wurde dieser Ansatz bereits in einem Probedurchlauf im Rahmen von zwei Projekten am

Förderzentrum, Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Marktredwitz begonnen. Umweltmentoren der Haupt- und Berufsschulstufe wurden ausgebildet, um anschließend Grundschulern mit und ohne Handicap die bearbeiteten Themen (Bsp. vier Elemente) erlebbar zu machen.

Und so wurde die Idee mit der Gartengruppe der Werkstätte für behinderte Menschen (WfbM) in die Tat umgesetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhielten eine Schulung in Rhetorik und der Gestaltung eines Flyers. Sie entwarfen ein Logo für einen Anhänger, den die Kinder zur Erinnerung als Geschenk bekommen. Das Logo wurde in der WfbM gefertigt. „Wasser“, „Wald“, „Wiese“ und „Heilkräuter“ waren die Themen. In einem ersten Schritt führten wir zu den einzelnen Themen mit den angehenden Umweltassistenten als Teilnehmern Aktionstage durch. Es wurde dabei Wissen rund um die Natur (Wassertiere, Bäume, Heilkräuter, Wiesenpflanzen) vermittelt sowie naturpädagogische Methoden (Sinnesübungen, Spiele, Geschichten und Ähnliches) vorgestellt. In einem weiteren Schritt wurde das Wissen vertieft und gefestigt. Danach stellten wir gemeinsam das Konzept für einen Projekttag mit Kindern zusammen und übten die Durchführung. Jeweils zur Generalprobe wurden Kollegen und Kolleginnen aus der Werkstatt und aus dem Wohnheim eingeladen. Und dann folgte der spannendste Moment der Ausbildung: die Durchführung der Veranstaltungen zu den Themen Wald, Wasser, Wiese und Heilkräuter mit den Grundschulkindern. Jeder Umweltassistent hatte seine Aufgabe, seinen Fähigkeiten entsprechend. Diese reichen vom Austeilen von Forscherausrüstungen, dem Erklären von Spielen bis hin zur Vorstellung der einzelnen Heilkräuter und Waldbäume.

Das Feedback der LehrerInnen und SchülerInnen der teilnehmenden Grundschulen war durchaus positiv. Und die Werkstattleitung war begeistert von der Leistung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zum Abschluss der Ausbildung erhielten die frischgebackenen Umweltassistenten ein Diplom, auf das sie recht stolz waren. Das Projekt wird stetig weiterentwickelt. So gestalten seit 2016 zwei Umweltassistentinnen auch naturpädagogische Projektstage an Altenheimen zu unterschiedlichen Naturthemen, beispielsweise über Schmetterlinge, Vögel, Tiere des Waldes, Kräuter und Bäume. Auch hier sind die Umweltassistentinnen die Hauptagierenden. Vonseiten der Pflegedienstleitungen der Altenheime kommen immer wieder ein großes Lob und der Hinweis auf die gute und positive Entwicklung der Persönlichkeiten der Umweltassistentinnen.

Natürlich ist das derzeit neunköpfige Team auch 2019 mit diesem einmaligen Inklusionsprojekt wieder an Grundschulen und in Altenheimen unterwegs! Ganz besonders freut es uns, dass unser Projekt „Umweltassistenten“ als offizielles Projekt der UN-Dekade im Sonderwettbewerb „Soziale Natur – Natur für alle“ ausgezeichnet wurde!

► www.oekoburg.de

ZUM THEMA

Fortbildungsprogramm**Fit for Inclusion**

Eine inklusive Gestaltung von Entwicklungsvorhaben ist als Prozess zu verstehen, mit dem Ziel, Menschen mit Behinderung und im weiteren Sinne auch andere benachteiligte Gruppen gleichberechtigt einzubeziehen.

Wie eine inklusive Gestaltung von Entwicklungsvorhaben geschehen kann, soll mit dem Fortbildungsprogramm vom 4.–5. September und 4.–5. November 2019 vermittelt werden. Dieses besteht aus vier Seminartagen, die aufeinander aufbauen. Dem Konzept liegt eine ganzheitliche Herangehensweise zugrunde. Es orientiert sich an der Praxis der Projektplanung und -durchführung von Nichtregierungsorganisationen und legt einen wirkungsorientierten Projektzyklus zugrunde, nimmt aber auch die gesamte Organisation in den Blick. Neben der Vermittlung von grundlegenden Informationen zum Thema inklusiver Entwicklung und einem menschenrechtlichen Verständnis von Behinderung beinhaltet das Programm einen starken Praxisbezug und Anpassung an die Bedarfe der Teilnehmenden.

▷ www.kurzlink.de/fortbildungsprogramm

Inklusives Bildungsmaterial**Unser Klima – unser Leben**

Das inklusive Bildungsmaterial „Unser Klima – unser Leben“ zielt auf das Miteinanderlernen und gemeinsame Aktivwerden von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung sowie mit Migrationshintergrund ab. Das Handbuch mit begleitender CD-ROM kann für 18,95 Euro zuzüglich Versandkosten erworben werden. Die Leihgebühr für die Materialkiste beträgt 50 Euro pro Monat zzgl. Versandkosten sowie 100 Euro Pfandgebühren. Die Materialien können per E-Mail

an bestellungen@bezev.de oder über die Webseite bestellt werden.

▷ www.kurzlink.de/UnserKlima

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

Mitmachausstellung**Energiewende**

Seit 2012 führt das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) die Mitmachausstellung zum Thema „Energiewende“ an Schulen in den neuen Bundesländern und in Berlin durch. Angeboten wird eine interaktive Ausstellung mit verschiedenen Lernstationen, an denen die Erzeugung von Strom durch erneuerbare Ressourcen sowie die Konsequenzen des eigenen Stromverbrauches erfahrbar gemacht werden. An die Experimente schließt eine Auswertung und offene Fragerunde zu den Veränderungen der Landschaft durch die Energiewende an, die durch einen Energiewendet Teppich visualisiert werden. Die SchülerInnen lernen einzuschätzen, durch welche Strategien dem Klimawandel begegnet werden kann. Die Mitmachausstellung wird von zwei UfU-MitarbeiterInnen betreut und durchgeführt. Für das neue Schuljahr ab August 2019 gibt es noch freie Termine.

▷ www.ufu.de/projekt/mitmachausstellung

WISSENSWERT

Trickfilm**Spreepark in Bewegung**

Machen die Waschbären nachts Party im Riesenrad? Was sucht der Fuchs am Info-Point? Wer trifft sich heimlich im Schein der Armleuchteralge? Der ehemali-

ge Vergnügungspark in Berlin schlummert vorerst weiterhin im Dornröschenschlaf vor sich hin und wartet auf seine Erweckung zum Kunst- und Kulturpark. In den Trickfilmworkshops vom 10.–11. Juli und 8.–9. Oktober wollen wir uns dem verwunschenen Ort auf kreative Weise nähern und uns dabei vom Park als Naturraum und seinen Geschichten inspirieren lassen. Zwei Tage lang habt ihr Gelegenheit, den Park auf besondere Weise zu erkunden. Direkt vor Ort werden wir gemeinsam Geschichten entwickeln und Trickfilme herstellen. Dazu können verschiedene Stop-Motion-Techniken wie Pixelation, Cut-Out, Kne-tanimation verwendet werden. Die technische Umsetzung wird ausschließlich mit einer Smartphone-App erfolgen. Die Workshops sind eingebettet in die vorbereitende Planung der Grün Berlin GmbH, die den Spreepark entwickelt. Noch ist der Park nicht frei zugänglich, daher sollen die Workshops Interaktionen mit dem Gelände ermöglichen, um die Besonderheiten des Ortes im Hinblick auf die Möglichkeiten und Perspektiven zukünftiger Bildungsangebote im Spreepark auszuloten.

▷ Anmeldung mit Name, Alter und Telefonnummer an E-Mail: spreepark@moviemiento.org, Teilnahmebeitrag: 20 Euro.

BNE-Publikation**Vom Wald in die Welt**

BNE ist heute sowohl als fachliches Konzept als auch in der Praxis gut verankert. Eine gesellschaftliche Trendwende in Richtung einer Reduzierung des Material- und Energieverbrauchs ist dennoch bisher nicht absehbar. Wie lassen sich trotz dieser Entwicklung zukunftsfähige Lebensstile etablieren? Beim Verein Bergwaldprojekt e.V. werden in der Waldschule für die biologische Vielfalt Jugendliche und junge Erwachsene direkt an konkreten Naturschutzarbeiten in heimischen Ökosystemen und damit am Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen beteiligt. Während der Arbeitseinsätze öffnen sich Räume des gemeinsamen Nachdenkens ▶

über zentrale Nachhaltigkeitsfragen. Das Buch „Vom Wald in die Welt“ stellt diesen BNE-Ansatz anhand von Evaluationsergebnissen vor. Mit seiner theoretischen Fundierung und seinem gleichzeitigen Praxisbezug ist es ein Lesebuch für alle, die sich für eine zukunftsfähige Gesellschaft interessieren und einsetzen.

▷ www.oekom.de/nc/buecher/gesamtprogramm/buch/vom-wald-in-die-welt.html

Espresso-Kurs

Klimawandel verstehen in 30 Minuten

□ Den großen Onlinekurs des WWF und des Deutschen Klima-Konsortiums (DKK) rund um den Klimawandel gibt es für alle mit wenig Zeit nun auch in abgespeckter Version als sogenannten Espresso-Kurs. Unter dem Titel „Wie man den Klimawandel leicht versteht!“ werden in sechs Videos und in nur 30 Minuten die wichtigsten Fakten rund um die Erderhitzung erklärt – auf Deutsch oder Englisch. Die Lektionen umfassen dabei das Klimasystem und seine Komponenten, den natürlichen und anthropogenen Treibhauseffekt, die Bedeutung fossiler Brennstoffe für die Klimakrise sowie Zukunftsprognosen durch Klimamodelle. Einige der führenden WissenschaftlerInnen wie Prof. Dr. Mojib Latif vom GEOMAR, dem Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel, Prof. Dr. Sonja Peterson vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel und Prof. Dr. Jochem Marotzke vom Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg beantworten in den Kursen die wichtigsten Fragen rund um das Thema Klimawandel. Interessierte können den kostenlosen Kurs jederzeit beginnen. Am Ende erhalten sie ein Zertifikat von dem Onlinebildungsportal Iversity, dem DKK und dem WWF Deutschland.

▷ www.iversity.org/de/courses/wie-man-den-klimawandel-leicht-versteht

Initiative

Klimaneutral leben

□ Wir sind 13 und wollen 100 werden! Wenn Sie schon lange oder ab sofort klimaneutral leben, tragen Sie sich auf unserer Website ein: www.100xklimaneutral.com. Damit wir bald das Signal aussenden: Wir sind viele! Gehören Sie auch dazu! Warum? In der Klimaschutzbildung sind wir die letzten 30 Jahre den Weg der kleinen Schritte gegangen. Das ist nach wie vor gut und wichtig. Ergänzend braucht es aber ein greifbares Ziel, worauf diese Schritte hinführen: einen klimaneutralen Lebensstil. Es ist Zeit, als Stärkung unserer Forderungen nach politischen und strukturellen Veränderungen ein deutliches Signal auszusenden: Wir leben schon heute klimaneutral! Wie geht „Klimaneutral leben“?

1. **Vermeiden:** Durch Änderung des Lebensstils ist es unter den gegebenen strukturellen Bedingungen in Deutschland möglich, die Freisetzung klimaschädlicher Gase auf unter 4 Tonnen pro Person und Jahr zu verringern. Die persönliche CO₂-Freisetzung lässt sich beispielsweise mit dem CO₂-Rechner des Umweltbundesamtes bestimmen.
2. **Kompensieren:** Was wir trotz ernsthafter Bemühungen (noch) nicht vermeiden können, kompensieren wir: Wir unterstützen finanziell zertifizierte Projekte, durch die die entsprechende Menge Kohlendioxid eingespart wird.

Für die Initiative verantwortlich sind Dr. Lucia Jochner-Freitag, Martin Jochner, Claudia Deckelmann, Gerhard Schmied, Hedi Schmied und Elfriede Wörfel.

▷ www.100xklimaneutral.com

Sommerfestival

Change Days

□ Vom 15.–18. August feiert die WWF-Jugend ihr Zehnjähriges mit einem Sommerfestival – den „Change Days“ in Brandenburg. Neben Konzerten, Theater- und

Filmvorführungen gibt es über zwanzig Workshops, die zum Diskutieren einladen. Immer mehr Jugendliche gehen freitags auf die Straße, engagieren sich für unseren Planeten und möchten ihren Alltag verändern. Genau diese Chance bieten die Change Days diesen Sommer: „Unsere Workshops von Klimapolitik bis Gemeinwohlökonomie sind Impulse, um selbst aktiv zu werden. Denn Veränderung beginnt bei jedem selbst. Die Change Days sind ein Ort für Ideen und Austausch und bieten gleichzeitig fernab von Handyklingeln, Alltagsstress und Stadtlärm Ruhe in der unberührten Natur“, so Sophia Speckhahn, Projektleiterin der Change Days.

▷ www.wwf-jugend.de/change-days

UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

11.07.–14.07., Ludwigsburg (D)

NaturVision Filmfestival

▷ www.festival.natur-vision.de/de/

01.09.2019–28.02.2020, Rostock (D)

Zertifikatskurs: Theorie und Praxis einer Bildung für nachhaltige Entwicklung

▷ www.kurzlink.de/kursBNE

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

ANU
Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.

Redaktion

Larissa Donges (verantwortl.), donges@anu.de,
ANU-Bundesverband e.V.,
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,
bundesverband@anu.de,
www.umweltbildung.de